


**137. Sitzung, Montag, 9. Januar 2006, 8.15 Uhr**

 Vorsitz: *Hans Peter Frei (SVP, Embrach)*
**Verhandlungsgegenstände**
**1. Mitteilungen**

- Zuweisung von neuen Vorlagen ..... *Seite 10031*
- Antworten auf Anfragen..... *Seite 10031*
- Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses
  - *Protokollauflage*..... *Seite 10031*
  - *Petition*..... *Seite 10032*

**2. Durchführung einer kantonalen Lehrstellenkonferenz**

Postulat Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil), Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) und Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil) vom 19. Dezember 2005

 KR-Nr. 374/2005, Antrag auf Dringlichkeit ..... *Seite 10032*
**3. Beibehaltung der bisherigen und Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen bei der kantonalen Verwaltung**

Dringliches Postulat Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti) und Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) vom 7. November 2005

 KR-Nr. 306/2005, RRB-Nr. 1760/6. Dezember 2005 (Stellungnahme)..... *Seite 10034*

#### **4. Senkung des maximalen Steuertarifs für natürliche Personen**

Antrag der WAK vom 15. November 2005 zur Parlamentarischen Initiative Lukas Briner (FDP, Uster) vom 21. Juni 2004

KR-Nr. 244a/2004 ..... Seite 10042

#### **6. Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG)**

Antrag der Redaktionskommission vom 1. Dezember

2005 **4148b**..... Seite 10069

#### **Verschiedenes**

– Einladung zum Neujahrsapéro..... Seite 10089

– Fraktions- oder persönliche Erklärungen

• *Erklärung von Ernst Züst, Horgen, zum CRG..... Seite 10087*

• *Erklärung von Peter Reinhard, Kloten, zur persönlichen Erklärung von Ernst Züst betreffend*

*CRG..... Seite 10088*

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 10089

#### **Geschäftsordnung**

*Ratspräsident Hans Peter Frei: Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien gute Gesundheit und viel Glück im neuen Jahr.*

Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

## 1. Mitteilungen

### *Zuweisung von neuen Vorlagen*

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

- **Volksinitiative für die Weiterführung des Faches «Biblische Geschichte» an der Primarschule**  
Beschluss des Kantonsrates, [4224a](#)
- **Genehmigung der Vereinbarung über die Vetsuisse-Fakultät der Universitäten Bern und Zürich**  
Beschluss des Kantonsrates, [4297](#)

Zuweisung an die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit:

- **Gesetz über die Anpassung an den geänderten allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches und an das neue Jugendstrafgesetz**  
[4298](#)

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

- **Unterhaltskostenabzug für selbst genutztes Wohneigentum**  
(Parlamentarische Initiative Elisabeth Derisiotis), [KR-Nr. 454/2004](#)

### *Antworten auf Anfragen*

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Der Regierungsrat hat uns die Antwort auf 16 Anfragen zugestellt:

KR-Nrn. [261/2005](#), [268/2005](#), [270/2005](#), [271/2005](#), [272/2005](#), [274/2005](#), [275/2005](#), [276/2005](#), [277/2005](#), [288/2005](#), [291/2005](#), [322/2005](#), [329/2005](#), [338/2005](#), [339/2005](#), [340/2005](#).

### *Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses*

Im Sekretariat des Rathauses liegen zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 133. Sitzung vom 13. Dezember 2005, 16.30 Uhr
- Protokoll der 134. Sitzung vom 13. Dezember 2005, 19.30 Uhr
- Protokoll der 135. Sitzung vom 19. Dezember 2005, 8.15 Uhr
- Protokoll der 136. Sitzung vom 19. Dezember 2005, 14.30 Uhr.

### ***Petition***

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Am 5. Dezember 2005 ist die Petition «Stattautobahn Zürich» – «Statt» mit zwei «T» – mit 7388 Unterschriften eingereicht worden. Die Petition betrifft die Vorlage 4222, Verkehrsrichtplan, welche der Rat federführend der Kommission für Planung und Bau zugewiesen hat. Die Petition ist im Rathaussekretariat zur Einsicht aufgelegt. Sie wird der Kommission für Planung und Bau zur abschliessenden Erledigung überwiesen.

### **2. Durchführung einer kantonalen Lehrstellenkonferenz**

Postulat Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil), Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) und Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil) vom 19. Dezember 2005

[KR-Nr. 374/2005](#), Antrag auf Dringlichkeit

*Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil):* Ich wünsche Ihnen allen ein gutes neues Jahr. Ich spreche jetzt zur Dringlichkeit des Vorstosses 374/2005, Durchführung einer kantonalen Lehrstellenkonferenz.

Unser Vorschlag geht zurück auf ein Ergebnis der nationalen Lehrstellenkonferenz, die unter Bundesrat Joseph Deiss stattgefunden hat. Der Bund hat nämlich erkannt, dass Dringlichkeit angesagt ist. Das Ergebnis dieser Lehrstellenkonferenz war der Vorschlag, dass alle Kantone nun auch kantonale Lehrstellenkonferenzen durchführen sollten. Das ist eine – wie soll ich sagen? – niederschwellige Massnahme, die sich gut integrieren lässt in die bereits bestehenden Bemühungen des Kantons, die Lehrstellensituation zu verbessern. Das Massnahmenpaket des Bundes heisst «Chance 06» und wir sind jetzt im Jahr 2006.

Damit diese Chance auch wirklich in diesem Jahr umgesetzt werden kann, bitte ich Sie, die Dringlichkeit zu unterstützen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

*Ralf Margreiter (Grüne, Zürich):* Die Berufsbildungsgesetzgebung des Bundes und die Berufsbildung insgesamt sind zwischen Bund und Kantonen sehr vernünftig aufgeteilt. Es geht darum, möglichst gezielt und praxisnah, basisnah agieren zu können. Die Aufgaben liegen bei den Kantonen, wenn es um die Umsetzung und die Einführung geht. Es

steht nach wie vor vieles auf der grossen Baustelle «Berufsbildung Schweiz» und «Berufsbildung Kanton Zürich» in Vorbereitung oder in Einführung oder in Umsetzung. Hierzu ist es nötig und richtig, sich schnell an einen Tisch zu setzen, und zwar unter Einbezug aller Beteiligten, und eine koordinierte Offensive für die Berufsbildung im Kanton Zürich einzuläuten. Es betrifft beispielsweise im KV-Bereich Ausbildungen für Jugendliche mit weniger guten schulischen Leistungen. Wenn wir diese Lehrstellen aufs Jahr 2007 haben wollen, dann müssen wir im Frühling oder Sommer 2006 diese Lehrstellenkonferenz haben; daher begründet sich die Dringlichkeit. Es geht nicht um eine grosse Geschichte, aber um eine rasche. Danke.

*Yvonne Eugster (CVP, Männedorf):* Julia Gerber hat es gesagt, im vergangenen November wurden auf Einladung von Bundesrat Joseph Deiss an einer Lehrstellenkonferenz in Luzern durch Vertretungen von Bund, Kanton und Wirtschaft zahlreiche neue Massnahmen zur Lehrstellenförderung erarbeitet. Unter anderem werden die Kantone aufgerufen, mit allen betroffenen Organisationen und Institutionen Lehrstellenkonferenzen durchzuführen, um die Lage auf dem Lehrstellenmarkt zu analysieren und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Handlungsbedarf ist vorhanden, die Lage auf dem Lehrstellenmarkt ist nach wie vor prekär. Die CVP unterstützt die Dringlichkeit des eingereichten Postulates. Allfällige Massnahmen aus dieser Konferenz brauchen auch noch eine gewisse Anlaufzeit.

Ich empfehle Ihnen, die Dringlichkeit zu unterstützen.

*Andrea Widmer Graf (FDP, Zürich):* Grundsätzlich steht die FDP einer Lehrstellenkonferenz positiv gegenüber. Wie Sie wissen, hat auf Bundesebene Nationalrat Ruedi Noser die Idee einer Lehrstellenkonferenz eingebracht. Wir freuen uns, dass auch die linke Ratsseite das freisinnige Thema aufgegriffen hat. Die erste nationale Lehrstellenkonferenz hat, wie wir bereits gehört haben, im November 2005 stattgefunden und es wurden verschiedene Massnahmen vorgeschlagen. Beispielsweise wurden die Kantone aufgerufen, mit allen betroffenen Organisationen und Institutionen kantonale Lehrstellenkonferenzen durchzuführen. Wenn der Kanton mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden im Gespräch ist und wenn gemeinsam nach Lösungen gesucht wird, ist das

eine gute und wichtige Voraussetzung für die Schaffung von mehr Lehrstellen.

Da die Lehrstellensituation im Kanton Zürich nach wie vor prekär ist und es auch der FDP ein grosses Anliegen ist, dass möglichst alle Jugendlichen eine geeignete Berufsausbildung beginnen können, wird ein Teil der FDP-Fraktion die Dringlichkeit unterstützen. Über die Unterstützung des Postulates wird die Fraktion definitiv entscheiden, wenn die Stellungnahme des Regierungsrates vorliegt.

#### *Abstimmung*

**Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von 99 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht.** Das Postulat ist dringlich erklärt. Der Regierungsrat hat dazu innert vier Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

### **3. Beibehaltung der bisherigen und Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen bei der kantonalen Verwaltung**

Dringliches Postulat Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti) und Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) vom 7. November 2005

[KR-Nr. 306/2005](#), RRB-Nr. 1760/6. Dezember 2005 (Stellungnahme)

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Wird ein Ablehnungsantrag gestellt?

*Peter Mächler (SVP, Zürich):* Dass jede Lehrstelle, die in dieser schwierigen Zeit geschaffen wird, ein positives Signal ist, steht ausser Zweifel. Industrie und Gewerbe sind aufgerufen, vermehrt Lehrstellen zu schaffen. Dazu müssen strukturelle Anreize geschaffen werden wie zum Beispiel: steuerliche Abzüge für Stellenanbieter, weniger administrativer Aufwand und vermehrte Präsenz der Azubis (*Auszubildende*) in den Lehrbetrieben. Dass der Kanton Zürich Lehrstellen anbietet, ist selbstverständlich. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die drei Klassen-

zügen ausreichend sind und keine Mehrausgaben für neue Klassenzüge bereitgestellt werden sollen.

Die SVP-Fraktion wird das Postulat nicht unterstützen.

*Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti):* Ich bin eigentlich nicht wirklich erstaunt über das, was Peter Mächler jetzt gerade gesagt hat. Es zeigt einfach, dass die SVP nicht bereit ist, Lehrstellen zu schaffen in diesem Kanton. Ich bin sehr erfreut, dass der Regierungsrat bereit ist, dieses dringliche Postulat entgegenzunehmen und auch weitere Lehrstellen zu schaffen. Es sind ja nicht nur mehr KV-Lehrstellen, die er schaffen will, sondern er will auch im Informatikbereich und im Bereich der Attestausbildungen für schulisch schwächere Schülerinnen und Schüler etwas tun. Was ich persönlich etwas schade finde, ist, dass der Regierungsrat dies erst auf den Sommer 2007 zu tun beabsichtigt und nicht schon auf den Sommer 2006, denn die Zahlen belegen ganz klar, dass im Moment die Lehrstellenknappheit sehr gross ist. Wir sind auch sehr erfreut darüber, dass der Regierungsrat weiter gedacht hat, dass er beabsichtigt, eine Koordinationsstelle einzusetzen, um die komplexen Aufgaben wahrzunehmen. Damit ist auch gewährleistet, dass eine gute Ausbildung sichergestellt ist.

Ich bitte Sie, diesen Antrag von Peter Mächler abzulehnen.

*Ralf Margreiter (Grüne, Zürich):* Ich hätte eigentlich erwartet, dass dieses Postulat, das ja nun wirklich nicht die Weltrevolution ausbrechen lässt, auch bei der SVP einmal nicht derart in Ungnade fällt, dass man gleich einen Ablehnungsantrag stellen müsste; zumal dann noch mit den vier Begründungen von Peter Mächler, die allesamt zeigen, dass die SVP, wie Karin Maeder bereits gesagt hat, entweder nicht willens ist, etwas zu tun, oder, was ich eher vermute, nicht begriffen hat, wie die Berufsbildung und die Schaffung von Lehrstellen in diesem Kanton vielleicht etwas besser funktionieren würden.

Wir Grünen begrüssen ausdrücklich die Pläne des Regierungsrates und die Bereitschaft, dieses Postulat entgegenzunehmen. Der Regierungsrat zeigt mit seinem Willen, auf das Jahr 2007 hin zusätzliche KV-Lehrstellen und auch zusätzliche Informatik-Lehrstellen zu schaffen, einen Weitblick, da er sich in Bereichen engagiert, die nach wie vor nicht über ein ausreichendes Lehrstellenangebot verfügen. Wir sind froh darüber, dass der Regierungsrat vom etwas verschämten Weg zu-

rückgekommen ist, den man aus dem KEF hat ablesen müssen: dass man nämlich hier am liebsten gar nichts Zusätzliches getan, sondern einfach den Status quo beibehalten hätte. Wir sind froh, dass der Regierungsrat, wie gesagt, diesen impliziten Entscheid aus dem KEF umgestossen hat und damit etwas Perspektive beweist. Wir sind insbesondere auch darum froh, weil der Kanton doch mit einigen Trommelwirbeln, Pauken und Trompeten zusammen mit der Stadt Zürich auch die Aktion «10 Prozent mehr Lehrstellen für 2006» ins Leben gerufen hat, da es dem Kanton doch nicht sehr gut angestanden hätte, wenn er als fast einziger in diesem Kanton selber keine zusätzlichen Lehrstellen geschaffen hätte. Wir freuen uns darüber!

Wir sind allerdings auch der Meinung, dass es damit natürlich noch nicht reicht. Eine Konsequenz, die wir aus diesem frischen Wind, den wir in der Lehrstellenfrage spüren, gezogen haben, ist die Forderung nach einer Lehrstellenkonferenz. Sie haben verdankenswerterweise der Dringlichkeit jenes Postulates bereits zugestimmt. Es ist an der Zeit, jetzt noch einmal einen Effort zu leisten und hier aktiv zu werden.

Eine Nebenbemerkung zu einer Textpassage aus der Begründung, der Stellungnahme des Regierungsrates zu diesem dringlichen Postulat kann ich mir allerdings nicht verkneifen. Und zwar zu einem Teil der Begründung, warum es angeblich auf 2006 nicht möglich gewesen sei, es bereits zu tun – es wäre nämlich möglich gewesen –, nämlich zur Begründung, dass wenn man die Lehrstellen jetzt ausschreiben würde, sich keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber mehr finden liessen für die jetzt dann noch ausgeschriebenen Lehrstellen. Das ist, mit Verlaub gesagt, schlicht und ergreifend eine Frechheit gegenüber den Lehrstellen suchenden Jugendlichen. Denn es ist nicht so, dass alle Leute, die jetzt noch keine Lehrstelle haben, nichts im Kopf und nichts zu bieten haben oder Charakterlumpen sind oder was auch immer. Dahinter stecken mag ein Bild, das in den letzten Jahren etwas stark kultiviert wurde. Hier erwarten und hoffen wir, dass man von solchen Argumentationslinien abrückt. Es ist jede Lehrstelle zu jedem Zeitpunkt richtig und es lässt sich im Übrigen auch jede Lehrstelle besetzen. Man muss nicht dem Getue der Banken nachreden, es brauche für eine KV-Lehrstelle quasi nur noch Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträger. Es ist eine berufliche Grundbildung und dafür bildet unsere Oberstufe die Jugendlichen nun weiss Gott gut genug aus. Diese Nachbemerkung, wie gesagt, konnte ich mir nicht verkneifen; ich halte es im Gesamtdiskurs für nicht unwesentlich.



Wir freuen uns – noch einmal – über die zusätzlichen Lehrstellen und hoffen, der Regierungsrat bleibe so auf Kurs. Besten Dank.

*Andrea Widmer Graf (FDP, Zürich):* Ich bin ebenfalls sehr erstaunt, dass die SVP hier einen Ablehnungsantrag stellt, nachdem die Antwort des Regierungsrates auf dieses Postulat eingetroffen ist. Der Kanton hat bei den privaten Unternehmen geringe Möglichkeiten, die Anzahl der Lehrstellen zu beeinflussen, und die FDP ist grundsätzlich der Meinung, dass der Kanton möglichst wenig in den Lehrstellenmarkt eingreifen soll. Hingegen kann der Kanton in der eigenen Verwaltung die Möglichkeiten nutzen und die Anzahl Lehrstellen erhöhen. Und so lange ein Lehrstellenmangel besteht, soll der Kanton dies auch tun und in diesem Sinne eine Vorbildfunktion übernehmen. Denn es ist richtig, dass alle Jugendlichen eine geeignete Lehrstelle finden und eine Ausbildung absolvieren können.

Die FDP-Fraktion begrüsst deshalb den Entscheid des Regierungsrates und wird in diesem Sinne das Postulat unterstützen.

*Yvonne Eugster (CVP, Männedorf):* Die CVP dankt dem Regierungsrat, dass er das dringliche Postulat entgegennehmen will. Im Gegensatz zur SVP sind wir erfreut, dass die kantonale Verwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und anstatt die Anzahl neuer Lehrstellen im KV-Bereich zu reduzieren, den im Sommer 2005 neu gestarteten vierten Klassenzug nach dem ersten Durchgang im Jahr 2008 weiter führen will. Bereits ab Sommer 2007 soll sogar eine weitere zusätzliche KV-Lehrlingsklasse geführt werden, so dass aufs Jahr 2007 rund 130 bis 150 Jugendliche ihre KV-Ausbildung beim Kanton absolvieren können. Damit leistet der Kanton einen Beitrag, um die Lage der schulaustretenden Jugendlichen zu verbessern. Dies ist dringend nötig, weil sich die Lehrlingskrise im Kanton zu einem Dauerbrenner entwickelt. Selbst ein Konjunkturaufschwung beeinflusst die Entwicklung des Lehrstellenmarktes erfahrungsgemäss nur bedingt positiv. Neben den strukturellen Problemen der Berufsbildung, die ebenfalls zu lösen sind, geht es auch darum, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Der Kanton geht nun mit gutem Beispiel voran; das ist gut so.

Die vorhin besprochene Einberufung einer Lehrstellenkonferenz ist eine weitere sinnvolle Massnahme zur Lehrstellenverbesserung. Die CVP wird demzufolge das dringliche Postulat überweisen.

*Susanna Rusca Speck (SP, Zürich):* Erlauben Sie mir, noch kurz zur Bedeutung der Berufslehre etwas zu sagen, auch zur Argumentation auf Seite 4 der regierungsrätlichen Antwort, wo es heisst, die schulisch stärkeren Schülerinnen und Schüler drängten vermehrt an die Mittelschulen, so dass es heute teilweise schwierig sei, geeignete Bewerberinnen und Bewerber für die intellektuell anspruchsvollen Berufslehren zu finden. Hier möchte ich Folgendes bemerken: Es braucht ein ausreichendes Lehrstellenangebot, damit die Berufsbildung attraktiv bleiben kann. Es braucht auch leistungsfähigere Jugendliche, damit die Berufsbildung attraktiv bleiben kann. Die Berufsbildung darf nicht zu einem Gefäss für schulisch Schwache verkommen. Es gilt also, die Berufsbildung für leistungsstarke Schüler, Jugendliche als echte Alternative auch zu einer Mittelschule zu positionieren. Ich möchte betonen, dass längerfristig die Entwicklung der Berufsbildung und damit auch die Gesundung des Lehrstellenmarktes davon abhängen, ob es uns gelingt, wieder vermehrt stärkere und bevorzugte Jugendliche in die berufliche Grundbildung zu bringen. Nur so haben Jugendliche mit gutem Schulsack, die genau wissen, was sie wollen, den Mut, auch heute eine Berufslehre vorzuziehen, wenn sie der Überzeugung sind, dass neun oder zehn Schuljahre für sie vorbei sind und sie lieber eine Zeit lang auf eine andere Weise lernen möchten, als in die Mittelschule zu gehen. Wir müssen solche Jugendliche auch gewinnen für eine attraktive Berufsbildung. Nur dies führt zu einer guten und attraktiven Berufsbildung. Es braucht also ein erweitertes Lehrstellenangebot.

Ich bitte Sie, jetzt auch dieses dringliche Postulat zu unterstützen. So haben viele Jugendliche auch noch eine Chance.

*Theo Toggweiler (SVP, Zürich):* Ich freue mich ausserordentlich, dass es einigen von Ihnen gelingt, in der ersten Stunde des neuen Jahres, nachdem Sie alle wunderbare Vorsätze gefasst haben, vor allem schon die SVP zu kritisieren (*Heiterkeit*), weil Sie es wahrscheinlich nicht besser wissen. Ich danke für die Publizität!

Aber nun eigentlich zum Thema. Die Schweizerische Volkspartei ist die Partei des Gewerbes. Können Sie mir eine Partei sagen, deren Mitglieder in der ganzen Schweiz mehr Lehrstellen anbieten als die Vertreter des Gewerbes, die Vertreter der SVP? Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Und ich möchte den Herrn selbst ernannten Lehrlingsexper-

ten, den Herrn – wie heisst er jetzt schon wieder? (*Zwischenruf: «Ralf Margreiter!»*) – ja, den Herrn Margreiter möchte ich fragen: Wie viele Lehrlinge haben Sie als Experte schon ausgebildet, sei es als Lehrer, sei es als Unternehmer? Wissen Sie überhaupt, was das bedeutet? Was verstehen Sie von der Lehrlingsausbildung? Sie haben sich selbst ernannt! Sie können gross referieren! Sie können kritisieren! Aber bilden Sie einmal einen Lehrling aus während drei oder vier Jahren! Nehmen Sie sich Zeit, tun Sie das, was ein Lehrmeister tun muss! Denn früher hatte man die Möglichkeit, eine Beziehung zu den Lehrlingen aufzubauen. Nur, das ist das Problem, das haben wir schon öfters gesagt: Schulabsolventen sind nicht mehr das, was sie auch schon waren, so dass man sie beliebig für Lehrstellen brauchen kann. Das ist festgelegt. Die neue KV-Lehre war sowieso ein Flop, aber das will ja auch niemand wahrhaben. Und nun muss man einfach wissen, dass wir heute ein Regelungssystem haben, welches erfordert, dass Sie, wenn Sie Lehrlinge einstellen, fast noch eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter für die Lehrlingsbetreuung haben müssen – ich verstehe, dass Sie das nicht wahrhaben wollen –, die oder der die Lehrlinge betreut, weil Sie ja einen ständigen Arbeitsplan machen müssen. Das ist also das Problem, die staatliche Regelungstechnik und nicht das Angebot!

Dass der Kanton Lehrlinge ausbildet, ist sicher gut. Wir werden dann in vier Jahren darüber befinden, was wir mit den Lehrlingen machen, wie man sie jetzt wieder in der Wirtschaft integriert, nachdem sie eine Verwaltungslehre gemacht haben und die staatliche Tätigkeit wieder redimensioniert wird. Das sind weitere Probleme. Aber Sie rennen mit dem Postulat ja schliesslich offene Türen ein. Der Kanton macht etwas. Und dass man in einer Konferenz darüber diskutiert, ist zweifellos auch gut. Aber diejenigen, die das diskutieren, sollten Leute sein, die die Probleme auch echt sehen.

Reduzieren Sie das Regelungssystem des Kantons, so dass es leichter wird und man Lehrlinge einstellen und fördern kann! Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis.

*Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil):* Lieber Theo Toggweiler, ich bin ausserordentlich dankbar, dass die Gewerbetreibenden und die vielen SVP-Mitglieder so viele Lehrstellen anbieten. Deshalb bin ich der Meinung, dass der Kanton diesem guten Beispiel folgen sollte und die Lehrstellen, die er anbietet, nicht reduzieren muss. Deshalb dürfen wir

das Postulat getrost überweisen. Die Regierung ist ja bereit, es entgegenzunehmen.

*Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen):* Was weder Karin Maeder noch Ralf Margreiter noch erstaunlicherweise die FDP verstanden haben, ist, dass Lehrstellen nur etwas bringen, wenn sie einen Nutzen haben, das heisst, wenn die Ausgebildeten später in der Arbeitswelt auch einen Platz finden. Es bringt nichts, nur der Lehrstellen willen Lehrfirmen – das sind ja die gleichen Leute, die dies fordern – oder künstliche Lehrballone in der Verwaltung zu schaffen. Es bringt nichts, nur der Lehrstelle willen auszubilden. Man muss der Arbeit willen ausbilden, sprich: die Lehrstellensituation hat sich dem Arbeitsmarkt anzupassen. Das wäre gesund. Also gilt es, zur Entschärfung dieser Situation den Wirtschaftsstandort anzukurbeln, und dazu hat, ehrlich gesagt, die SVP am meisten getan. Alles andere ist Sand in die Augen der Jungen gestreut, die in vier Jahren wieder eine Stelle suchen werden; Sand in die Augen, zumal nach wie vor das Angebot an Lehrstellen grösser ist als die Nachfrage. Jawohl, das Angebot ist grösser als die Nachfrage! Eine Ausbildung zu erhalten, ist ein Recht, allerdings nicht unbedingt eine KV-Ausbildung. Man muss heute manchmal nehmen, was kommt.

*Regierungsrat Hans Hollenstein:* Ein wesentlicher Erfolgsfaktor – auch in diesem Kanton Zürich – ist, dass er ein sehr gutes Berufsbildungssystem hat. Private Firmen leisten den Hauptanteil dieser Arbeit. Es sind grosse Firmen, es sind kleinere Betriebe und es sind auch diverse Organisationen und Verbände, die zahlreiche junge Menschen ausbilden. Es gehört gerade auch an diese Stelle einmal ein herzliches Dankeschön an die zahlreichen Firmen, aber insbesondere auch an die Lehrmeisterinnen und Lehrmeister für ihre grosse Arbeit.

Nun wissen wir alle: Die Zeiten für junge Menschen, die eine Lehre absolvieren wollen, waren auch schon rosiger. Geburtenstarke Jahrgänge drängen auf den Lehrstellenmarkt. Firmen – und das ist nicht zu unterschätzen –, zahlreiche Industriefirmen sind verschwunden oder haben die Anzahl ihrer Leute, ihrer Angestellten deutlich reduziert, so dass zwangsläufig auch weniger Lehrplätze vorhanden sind. Und für junge Menschen hat sich ein Wettlauf um eine Lehrstelle ergeben, ein Wettlauf, der oft zermürend für diese jungen Menschen sein kann. Darum gestatte ich mir auch, an dieser Stelle einen deutlichen Aufruf

an unsere privaten Firmen zu machen, aber gerade auch – wir haben zahlreiche Gemeindevertreter hier in diesem Saal – an die Gemeinden, dass sie zusätzliche Lehrstellen schaffen.

Der Regierungsrat will sich aber nicht nur mit Aufrufen begnügen. Er will geradezu mit dem Beispiel vorangehen, und die kantonale Verwaltung, so denken wir, hat auch eine Verpflichtung. Wir wissen alle, dass die kantonale Verwaltung eine sehr grosse Arbeitgeberin ist. In den vergangenen 15 Jahren – das gestatte ich mir zu erwähnen – hat sich die Anzahl der Lehrstellen immerhin von 480 auf 750 erhöht. Aber nicht genug, ich denke, da kann noch etwas Zusätzliches geleistet werden. In diesem Sinn will der Regierungsrat, wie angekündigt, mehr KV-Lehrstellen schaffen, mehr Informatik-Lehrstellen schaffen und in Prüfung sind auch neue Lehrstellen für vielleicht intellektuell schwächere – ich möchte das sorgfältig formuliert wissen –, die einen zweijährigen berufsorientierten Lehrgang als Küchenangestellte oder als Büroangestellte oder Büroassistenten machen. Ich denke, wir haben zahlreiche junge Menschen, die keine 5-6 in Mathematik haben und die es auch verdienen, dass wir ihnen Chancen geben.

Ich habe Verständnis, Karin Maeder und Ralf Margreiter, dass Sie es gerne sofort realisiert gehabt hätten; ich eigentlich auch. Aber wenn wir daran denken, dass wir die jungen Leute gut ausbilden wollen, dann steckt einiges dahinter. Wir müssen geeignete Lehrmeisterinnen und Lehrmeister finden. Wir müssen gute Ausbildungsplätze und Rotationsysteme finden und vor allem braucht es auch interne Überzeugungsarbeit, dass man sich vonseiten der Lehrmeisterin und vonseiten des Lehrmeisters dann auch mit Hingabe und Engagement zu Gunsten dieser jungen Menschen einsetzt. Darum bitte ich etwas um Verständnis, denn wir wollen es eben gut machen. Und weil wir es gut machen wollen – und das ist unsere Absicht –, wird der Regierungsrat auch Mittel bereit stellen: finanzielle, organisatorische und personelle. Ich zähle auch auf diesen Rat, dass er zum gegebenen Zeitpunkt im Budget diese Mittel auch gutheissen wird.

Wir sind bereit, dieses Postulat zu übernehmen, und ich bitte Sie, den Antrag der SVP abzulehnen.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 111 : 46 Stimmen, das Postulat zu überweisen.**

Das Geschäft ist erledigt.

#### **4. Senkung des maximalen Steuertarifes für natürliche Personen**

Antrag der WAK vom 15. November 2005 zur Parlamentarischen Initiative Lukas Briner (FDP, Uster) vom 21. Juni 2004

[KR-Nr. 244a/2004](#)

*Hansjörg Schmid (SVP, Dinhard), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK):* Die WAK beantragt dem Kantonsrat, die Parlamentarische Initiative von Lukas Briner, Thomas Isler und Robert Marty abzulehnen. Die Forderung, die oberste Progressionsstufe von 13 Prozent für natürliche Personen abzuschaffen, war bereits ein Thema bei der Totalrevision des Steuergesetzes 1997. Damals wurde aus taktischen Gründen darauf verzichtet, denn man wollte das Gesamtwerk «Total revidiertes Steuergesetz» nicht mit einer Einzelfrage gefährden. Allerdings bestand die klare Absicht, das Anliegen zu einem späteren Zeitpunkt wieder vorzubringen.

Im September 2001 legte der Regierungsrat die [Vorlage 3892](#) vor, welche unter anderem den Verzicht auf die oberste Progressionsstufe vorsah. Als Begründung wurde angeführt, die steuerliche Belastung der obersten Einkommen sei gegenüber den Hauptkonkurrenten des Kantons Zürich, den Kantonen Zug und Schwyz – und neu käme noch Obwalden dazu – zu hoch und müsse aus standortpolitischen Überlegungen reduziert werden. Da die obersten Einkommen überproportional zum Steuereinkommen beitragen, ist die Abwanderung eines einzelnen potenziellen Steuerzahlers in benachbarte Regionen ein gleichfalls überdurchschnittlich grosser Verlust. Das Anliegen scheiterte aber im Rat an einem Zufallsmehr von einer Stimme.

Wenn die Parlamentarische Initiative Lukas Briner die Forderung nun nochmals auf den Tisch bringt, hat sich in den hauptsächlichsten Argumenten der Befürworter und Gegner nichts geändert. Nach wie vor wird das Anliegen mit dem Standortargument beworben, während die Gegner auf die bereits erfolgten Steuersenkungen und gar die Abschaffung von einzelnen Steuern hinweisen, von der vor allem die Begüterten profitierten. Ausserdem gebe es keinen Beleg dafür, dass die besten

Steuerzahler in grösserem Stil abwanderten. Dies bestätigt auch eine Studie, die der Regierungsrat im Rahmen der [Vorlage 3892](#) in Auftrag gegeben hat. Die Regierung kommt wie auch die Mehrheit der WAK zum Schluss, dass die Abschaffung der höchsten Progressionsstufe von 13 Prozent zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt ist. Die finanzielle Lage des Kantons sei nicht komfortabel genug, dass auf weitere Steuereinnahmen verzichtet werden könne. Solange sich die Regierung noch mit Haushaltssanierungsmassnahmen auseinandersetzt und Leistungen abbaut, ist sie nicht gewillt, die am besten Verdienenden steuerlich zu entlasten.

Wir beantragen Ihnen deshalb, diese Parlamentarische Initiative abzulehnen, und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

*Robert Marty (Affoltern a.A.):* Das heute zur Diskussion stehende Geschäft hat eine lange Vorgeschichte, WAK-Präsident Hansjörg Schmid hat ausführlich darauf hingewiesen. Schon mehrfach wurde in diesem Rat über den Inhalt des Vorstosses diskutiert, zumeist sehr ausgiebig. Dass das Geschäft noch immer höchst brisant ist, hat sich an der Berichterstattung in der NZZ über die Festtage manifestiert. Es überrascht daher wohl nur wenige,

*dass ich heute im Namen der Fraktion den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes an die WAK stelle.*

Dies geschieht aus verschiedenen Gründen. Zum einen – das gebe ich offen zu – ist mit dem Entscheid, den Steuerfuss für die Jahre 2006 und 2007 bei 100 Prozent zu belassen, der Druck für eine rasche Umsetzung des Anliegens etwas kleiner geworden. Zum andern hat sich seit Einreichung der Parlamentarischen Initiative, insbesondere aber seit der Antwort der Regierung, die Situation in Bezug auf den Steuerwettbewerb unter den Kantonen nochmals deutlich verschärft. Für mich steht nicht der Entscheid der Obwaldner Bevölkerung vom Dezember 2005 im Vordergrund, mich beschäftigen vielmehr die Entscheide des Kantonsparlamentes von Schwyz, aber auch die von der Zuger Regierung geäusserten Absichten, wie den Folgen der NFA (*Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen*) begegnet werden soll. Im Dezember hat zudem die Regierung des

Kantons Aargau ihre Vorstellung bekannt gemacht, mit welcher Strategie dem Steuerwettbewerb begegnet werden soll.

Erst nach Ablieferung der Stellungnahme des Regierungsrates an die WAK wurde zudem bekannt, dass der Kanton Zürich in den letzten Jahren im interkantonalen Vergleich deutlich an Finanzkraft verloren hat. Diese Feststellung wird durch die Antwort der Regierung auf die [Anfrage 99/2005](#) verdeutlicht. Aus der Antwort geht hervor, dass die Staatssteuererträge der 20 natürlichen Personen, die am meisten Steuern zahlen, vom Jahr 2000 bis ins Jahr 2004 um 82 Millionen Franken oder volle 35 Prozent zurückgegangen sind. Es ist daher zu vermuten, dass die 2001 in der Vorlage 3892 berechneten Steuerausfälle von rund 30 Millionen Franken deutlich zu hoch sind.

Aus unserer Sicht rechtfertigen allein schon die erwähnten Gründe eine Rückweisung an die WAK, verbunden mit dem Auftrag, eine Neubeurteilung vorzunehmen und die Datengrundlage aus dem Jahre 2001 zu aktualisieren. Hinzu kommt die Tatsache, dass verschiedene weitere Vorstösse zur Steuerpolitik in der WAK hängig sind, zum Beispiel die Forderung nach einer Entlastung des Mittelstandes ebenso wie die Forderung nach einer Änderung des Splittings für Ehegatten, um nur zwei zu nennen. Teilweise wurden diese Vorstösse in der WAK sistiert, weil ein Entscheid des Bundesgerichtes zum neuen Splittingmodell des Kantons Sankt Gallen erwartet wurde. Dieser Entscheid liegt in der Zwischenzeit vor und es macht durchaus Sinn, im Rahmen einer Gesamtschau die Vorlagen gegeneinander abzuwägen. Aktuell sind zudem mindestens zwei Anfragen in Sachen Steuerstrategie des Kantons Zürich noch unbeantwortet, die für einen Entscheid zur Steuerprogression nicht ohne Bedeutung sein dürften.

Abschliessend weise ich darauf hin, dass die Vorlage auch formell einigen Spielraum offen lässt. Die Parlamentarische Initiative basierte im Sommer 2004 auf den damals in Kraft stehenden Steuertarifen. Diese wurden jedoch bereits im Jahr 2003 durch Annahme der Vorlage 3892 geändert, aber erst per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Sollte dieser Antrag auf Rückweisung nicht unterstützt werden, stelle ich bereits in diesem Moment folgenden Minderheitsantrag,

*die Parlamentarische Initiative Lukas Briner sei definitiv zu unterstützen, allerdings unter Anwendung der seit 1.*



*Januar 2006 neu gültigen Steuertarife, wie sie auf Seite 4 der heutigen Vorlage festgehalten sind.*

Vorerst hoffe ich aber auf Ihre Unterstützung unseres Rückweisungsantrages. Ich bin auch gespannt, von Finanzdirektor Hans Hollenstein seine Haltung in der Frage der Rückweisung zu erfahren. Besten Dank.

*Claudia Balocco (SP, Zürich):* Es ist nun bereits zum dritten Mal, dass ich in diesem Rat zum Antrag spreche, die 13. Progressionsstufe im Steuergesetz zu streichen. Noch nie war der Zeitpunkt schlechter, waren die finanziellen Aussichten düsterer und waren die Auswirkungen der beschlossenen und der noch kommenden Sparpakete für das Volk absehbarer als heute, wo riesige Löcher auf mehrere Jahre absehbar im Finanzhaushalt klaffen und niemand von uns ernsthaft weiss, wie wir den mittelfristigen Ausgleich erreichen wollen. Wir haben in den vergangenen Jahren in diesem Kanton die Steuerbelastung sukzessive um 18 Prozent gesenkt. Wir haben Steuern abgeschafft, wir haben Gesetze geändert und wir haben so dem Kanton Einnahmen von 833 Millionen Franken jährlich entzogen. Die Ausfälle des Staates sind aber Einsparungen von Steuerzahlern. Und wie es auch die Wohlhabenden sind, die verdankenswerterweise überdurchschnittlich zu diesen Steuereinnahmen beitragen, so waren sie es auch, welche überdurchschnittlich viel – und ich möchte auch sagen: teilweise über Gebühr, wenn ich zum Beispiel an die Abschaffung der Erbschaftssteuer denke – von diesen 833 eingesparten Millionen in ihrem Sack behalten konnten. Aber nicht genug, per 1. Januar 2006 ist ja auch noch die Steuergesetzrevision in Kraft getreten, welche weitere Steuerausfälle von 240 Millionen Franken jährlich nach sich zieht. Sie entlastet zwar alle Steuerpflichtigen, aber die Klientel, die von der Streichung der obersten Progressionsstufe profitieren würde, profitiert auch hiervon netto am meisten. Ich bin also wirklich der Meinung, dass es in dieser heutigen Situation nicht notwendig ist und es keine Veranlassung gibt, diese Klientel noch einmal zu beschenken; Weihnachten ist schliesslich vorbei.

Wenn auch dieses Argument nicht mehr zieht, bleibt das Scheinargument der Standortattraktivität und der Steuerkonkurrenz im Raum. Doch diese sind in diesem Zusammenhang nicht ausschlaggebend und vor allem nicht hinreichend, um die steuerliche Entsolidarisierung und weitere Einnahmenausfälle für den Kanton Zürich zu begründen, auch

nicht nach den neusten Entwicklungen wie zum Beispiel im Kanton Obwalden. Zürich ist nicht Obwalden! Ich sehe wirklich keinen Grund, uns mit Obwalden, Schwyz und Zug zu vergleichen. Ich erinnere mich an keine nennenswerten Operaufführungen im «Opernhaus Zug». Ich erinnere mich nicht an irgendeine Spitzenleistung irgendeiner «Schwyzer Hochschule» in letzter Zeit. Wohin gehen die Zuger arbeiten? Welchen Flughafen benutzen die Obwaldner, um in die Ferien zu fliegen? An welchen Universitäten studieren die Schwyzerinnen und Schwyzer? Zürich ist ein wirtschaftlich und kulturell attraktives Zentrum und die meisten Topverdiener anerkennen, dass diese Vorteile auch etwas kosten, und sehen sich nicht veranlasst, von anderen Kantonen aus Trittbrett zu fahren, zumal wir national und international steuerlich immer noch gut dastehen. Hängen wir also nicht diesem Mobilitätsmythos nach, der nicht begründet ist.

Mit dem Budget 2006 und dem Entscheid, den Steuerfuss auf dem bisherigen niedrigen Niveau zu belassen, hat sich der Kantonsrat den Spielraum für viele politische Wünsche verbaut. Diesen Wunsch von der bürgerlichen Ratsseite zum jetzigen Zeitpunkt zu erfüllen, wäre blanker Zynismus gegenüber all denjenigen, welche Sparopfer bereits heute erbringen oder sie in Zukunft erbringen müssen, damit wir die Kantonsfinanzen wieder einigermaßen ins Lot bringen. Ich bitte Sie deswegen, die Parlamentarische Initiative Lukas Briner abzulehnen, denn die Bevölkerung würde uns hier nicht verstehen.

Zur Rückweisung: Ich bin dezidiert der Ansicht, dass der Rückweisungsantrag an die Kommission nicht zu unterstützen ist. Es gibt keinen hinreichenden Grund, der eine Neu Beurteilung durch die Kommission – denn das müsste eine Neu Beurteilung sein – zum heutigen Zeitpunkt notwendig machen würde. Die Kantonsfinanzen standen schon vorher schlecht da – das steht auch in der Argumentation der Regierung und der WAK – und auch die verschärfende Verstärkung der Steuerkonkurrenz ist kein neues Argument. Insbesondere nicht zulässig scheint uns aber, wenn die Rückweisung an die Kommission verwendet werden soll, um die Parlamentarische Initiative Lukas Briner entweder aus der Schusslinie zu nehmen, um Zeit zu gewinnen im Hinblick auf die Wahlen, oder allenfalls gar, um eine steuerpolitische Gesamtschau vorzunehmen, wie kürzlich in der NZZ zu lesen, und die Parlamentarische Initiative Lukas Briner dann vielleicht noch ein bisschen anzureichern mit dem einen oder anderen Wunsch oder Element. Wenn die andere Ratsseite neue Ideen und Vorschläge hat, die sie in die Steuerpolitik

einbringen will, dann kann sie dies auf dem ordentlichen Weg tun, mit den ordentlichen kantonsrätlichen Fristen, die gelten. Alles andere wäre eine Umgehung des Kantonsratsgesetzes.

*Adrian Hug (CVP, Zürich):* Die Sachlage zur Abschaffung der 13-Prozent-Progressionsstufe hat sich seit den Beratungen in der WAK nicht verändert, im Gegenteil: Mit den Beschlüssen zum Budget 2006 hat sich die Situation nur noch verschärft. Die CVP lehnt daher die Parlamentarische Initiative Lukas Briner mit aller Deutlichkeit ab, ebenso die Rückweisung.

Die Gründe sind bekannt: Mit dem Sanierungspaket 2004 werden massive Eingriffe ins Leistungsangebot des Kantons gemacht. Mit dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 werden sich die Auswirkungen nochmals verschärfen. Und nach Ablehnung der leichten Steuerfusserhöhung von 100 auf 105 Prozent anlässlich der Budgetdebatte wird nun der Regierungsrat seine Planung für weitere Massnahmen nochmals verschärfen müssen. In diesem Kontext soll nun die 13-Prozent-Progressionsstufe abgeschafft werden – praktisch im gleichen Zug wie Lohnmassnahmen beim kantonalen Personal, wie Einschränkungen im Schulwesen et cetera, et cetera. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar.

Richtig ist, dass die 13-Prozent-Progressionsstufe keine heilige Kuh ist. Niemand kann ernsthaft behaupten, er wisse, wo der Höchststeuersatz im Kanton Zürich richtigerweise liegen soll. Sind 12 Prozent richtig oder gar 11 Prozent? Oder wäre eine Erhöhung gerechter? Dies ist nie abstrakt zu beantworten. Die Steuersätze richten sich nach den Interessen des Kantons. Massgebend ist die kantonale Verfassung dabei, die eine Differenzierung der Steuerbelastung nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verlangt. Die Steuersätze selber sollen die unterschiedliche wirtschaftliche Potenz der Steuerpflichtigen berücksichtigen. Die Interessen des Kantons sind jedoch noch breiter zu berücksichtigen, weil bei den Steuersätzen auch die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Zürich – das gebe ich gerne zu – im Steuerwettbewerb eine Rolle spielen soll, wobei für Zürich wohl eher der internationale Vergleich als der interkantonale Vergleich von Bedeutung ist, auch wenn die Steuersätze in Obwalden ärgerlich sind. Es ist legitim, steuerliche Überlegungen anzustrengen, für welches Steuersegment man in unserem Kanton wie attraktiv sein will. Alle diese Steuerwünsche ste-

hen jedoch unter dem Vorbehalt der Finanzsituation unseres Kantons. Die Kassen sind leer. Und so bleiben alle diese Steuerspekulationen «Management by Känguru» – grosse Sprünge mit leeren Taschen!

Der richtige Weg ist klar: Sanierung der kantonalen Finanzen, zweitens Überprüfung der steuerlichen Konkurrenzfähigkeit des Kantons und drittens gezielte Steuersenkungen, gestützt auf eine eindeutige Strategie. Für die Parlamentarische Initiative Lukas Briner ist aber derzeit definitiv kein Raum.

*Ralf Margreiter (Grüne, Zürich):* Wir Grünen lehnen sowohl die Rückweisung als auch – wenn es denn dazu kommt – die Parlamentarische Initiative Lukas Briner mit aller Entschlossenheit ab. Wie sagte man schon im alten Griechenland? Alles fliesst und Grün bewegt. Wo nichts mehr fliesst, bewegt sich auch nichts mehr; das gilt auch für die Steuern. Da kann man nun nicht den Umkehrschluss auslösen, dass nicht alles Geld zum Fiskus fließen müsse. Aber dieser Versuch, den Dreizehner zu kippen, ist einer der vielen, den Kanton Zürich dorthin zu bringen, wo er – es tut mir Leid, dass ich schon wieder bei der SVP lande – nach Ansicht des damaligen Fraktionspräsidenten bei der Budgetdebatte hin zu kommen hätte, nämlich dass dem Staat so lange die Mittel entzogen werden sollen, dass so lange gespart werden soll, bis der totale Stillstand eintritt. Wir Grünen sind nicht der Meinung, dass dies ein Ziel der Politik dieses Kantons sein kann.

Claudia Balocco und Adrian Hug haben bereits auf die Gesamtschau, auf den Kontext hingewiesen, in dem diese Entscheidung nun zu stehen kommt. Einerseits mit den steuerlichen Verbesserungen, die im Kanton in den letzten Jahren erzielt wurden – Argumentation bürgerlicherseits –, andererseits mit dem Leistungsabbau und dem Personalabbau, die diesen Kanton doch deutlich treffen. Was unter Steuerwettbewerb läuft, ist schon lange kein befruchtender Wettbewerb mehr, sondern es ist im Wesentlichen ein fantasieloses Gezänk mit dem Resultat einer Nivellierung gegen unten. Wer sonst nichts zu bieten hat, greift eben zum Taschenrechner und senkt irgendwelche Steuern. Schauen Sie ins Umfeld des Kantons Zürich! Der Kanton Zürich selbst hat das mit Sicherheit nicht nötig. Unser Kanton ist auch ohne solche Steuerakrobatik attraktiv genug. Wir Grünen sind überzeugt: Unser Kanton braucht nicht eine Politik des Taschenrechners, unser Kanton braucht Bewegung und er braucht den dafür nötigen Gestaltungsspielraum.

Das Thema «Attraktivität für Reiche» wurde unlängst im Tages-Anzeiger einmal auf eine andere Art und Weise thematisiert. Sinngemäss konnte man dort die Aussage finden: Die steuerliche Belastung kann kein ausschlaggebendes Argument, kein ausschlaggebender Faktor für die Wohnsitzwahl, für die Standortwahl von Menschen sein. Denn wer wenig verdient, den kümmert es ohnehin nicht, weil es keinen Unterschied macht. Und wer viel verdient, den braucht es nicht zu kümmern, weil er es sich leisten kann. Wenn er es sich leisten will und nicht derart kleinkrämerisch daherkommt wie die Argumentation, man müsse jetzt mit den ganzen Innerschweizer Kantonen auch noch mithopeln. Wir Grünen sind nicht der Meinung, dass diese Art mentalstillosen Profiteurentums zu unterstützen sei und dass sich die Zürcher dieser Haltung anpassen müssten. Denn die gleichen Leute, die tatsächlich oder angeblich Richtung Zug oder weiter in die Innerschweiz abwandern, sind ja nicht diejenigen, die dann auf gut subventionierte, qualitativ hoch stehende Leistungen im Kanton Zürich verzichten und nicht mehr ins Opernhaus gehen oder die S-Bahn nicht mehr benützen. Sie freuen sich vielleicht daran, dass sie die Subventionen nicht mehr mit ihren Steuergeldern zahlen. Man sagt Standortwettbewerb, meint aber letztlich einfach weniger Steuern. Ob es jetzt Steuergeschenk oder Entlastung heisst, ist letztlich sekundär, es ist ein rein semantisches Problem. Es geht um die Grundhaltung, «dem Staat nur noch so viel, wie mir selbst und ganz persönlich und hier und jetzt auch nützt». Man benützt den Standortwettbewerb als Hebel für die eigenen Interessen und die seiner Klientel und tut so, als ob man die Steuern sonst gar nicht senken oder den Dreizehner beibehalten wollte; das glauben Sie doch selbst nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP und der SVP! Wenn Ihnen die Stärkung des Standortes Zürich am Herzen liegen würde, dann würden Sie sich so rasch als möglich und so energisch wie möglich dafür ins Zeug legen, dass zentralörtliche Leistungen dieses Kantons uns, insbesondere der Stadt Zürich, interkantonal endlich vernünftig und fair abgegolten werden.

Es gibt keinen Grund, diese Parlamentarische Initiative nicht abzulehnen, und es gibt noch weniger Grund, einer Rückweisung zuzustimmen. Sie ist heute so falsch wie in einigen Monaten. Das heisst nicht, dass wir Grünen nicht bereit sind, über die grundsätzliche Gestaltung des Steuertarifs in diesem Kanton zu diskutieren; es ist nicht in Stein gemeisselt. Aber wenn das heute so kommt oder wenn es später aus der Kommission so kommt, dann werden wir Grünen mit Freude gegen

diesen Beschluss das Referendum ergreifen und mit Spass in einen Abstimmungskampf ziehen, den wir mit guter Wahrscheinlichkeit erfolgreich bestehen werden. Besten Dank.

*Willy Haderer (SVP, Unterengstringen):* Offensichtlich ist die Weihnachtspause seit der Budgetdebatte bis jetzt zum Wiederbeginn nicht allen Parteien und Parlamentsgremien gut bekommen. Es ist doch eine klare Tendenz darin zu sehen, dass man über die Medien politisiert, was auch hier bei diesem Geschäft passiert ist.

Verschiedene Vorstösse, die den Steuertarif betreffen, liegen momentan bei der WAK zur Behandlung. Ich erinnere mich mit Wehmut an die Neunzigerjahre zurück, wo wir uns mit Spezialkommissionen mit viel Fachwissen zusammengerauft haben, neue Gesetzesbestimmungen zu erarbeiten, die dem Kanton dienen. So, wie Adrian Hug das gesagt hat: Dem Gesamtfinanzhaushalt muss eine Steuergesetzgebung dienen. Da hat Adrian Hug absolut Recht. Und wir haben es in unserem Kanton in den Neunzigerjahren fertig gebracht, eine Steuerpolitik zu machen, die insbesondere die wenig leistungsfähigen Steuerzahler im Kanton sehr stark entlastet. All denen, die dem immer wieder das Wort reden – und gerade in der Presse wurde ja wieder der materiellen Harmonisierung das Wort geredet – möchte ich entgegenhalten: Wenn das kommt, dann werden gerade die Steuerzahler, die wenig Steuern zahlen können, im Kanton mehr Steuern bezahlen müssen, weil gerade der Kanton Zürich in diesen Bereichen einer der fortschrittlichsten Kantone ist.

Nun zurück zur WAK. Ich verstehe nicht, dass die WAK ihre Aufgabe nicht ernst nimmt und diese verschiedenen Vorschläge einander gegenüberstellt, Varianten diskutiert, etwas zuwege bringt, das man wirklich über alle Parteien diskutieren kann. Dann muss schlussendlich nicht diese eine Initiative, wie sie jetzt hier vorliegt, dann als Lösung herauskommen, sondern es muss ein Konglomerat sein aus den verschiedenen Abwägungen, den verschiedenen bereits überwiesenen Vorstössen. Ich verstehe in keiner Art und Weise, dass die WAK diesen einzelnen Vorstoss isoliert an das Parlament zurückweist. Es ist eigentlich heute gar nicht die sachliche Diskussion zu führen. Wir haben diese Überweisung mit 81 Stimmen im letzten Jahr beschlossen, ob jetzt dieser Dreizehner fallen gelassen werden soll oder nicht. Aber er soll jetzt miteinbezogen werden in diese Diskussion. Und nur das ist Steuerpolitik, wie ich sie von einem Parlament erwarten würde, nämlich dieses Ausdiskutieren

und dieses Miteinander-nach-der-richtigen-Lösung-Suchen. Das, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen aus der WAK, das vermisse ich bei Ihrer Entscheid, dies nun einzeln dem Parlament vorzulegen. Sie erweisen dem Kanton damit einen Bärendienst.

Ich schliesse mich mit der Fraktion klar der Meinung an, dass dieses Geschäft an die WAK zurückzuweisen ist, und ich bitte das Parlament, hiermit diesen Auftrag zu geben, dass in der WAK grundsätzlich und ganzheitlich über unser Steuersystem gesprochen wird und gerade diese Vorstösse benutzt werden, um eine gute Lösung zu treffen. Alles andere finde ich Abschieberei, Schönrederei. Und schlussendlich haben Sie das Spektrum nicht offen, das in der Diskussion nötig ist, um hier vernünftige Lösungen für unseren Kanton zu treffen.

Eventuell werden wir selbstverständlich auch der Unterstützung dieser Parlamentarischen Initiative zustimmen, wenn Sie diese Rückweisung ablehnen sollten. Aber ich glaube, Sie würden dem Parlament und der Regierung einen Dienst erweisen, wenn Sie diese Rückweisung unterstützen und damit die gesamtheitliche Diskussion ermöglichen. Ich danke Ihnen.

*Thomas Maier (GLP, Dübendorf):* Es ist noch keinen Monat her, da sassen wir alle hier drin und gaben mehrheitlich den Segen zum Voranschlag 2006 unseres Kantons. Die einen hätten beim Steuerfuss gerne 105, die andern 100 Prozent gehabt und die einen anschliessend lieber kein Budget. Tatsachen sind: Wir haben den Steuerfuss bei 100 Prozent festgesetzt, wir haben ein Finanzproblem und es steht uns ein Jahr bevor, in dem wieder neue und bestehende Begehrlichkeiten in diesem Rat diskutiert werden. Und wir werden über massiven Spardruck stöhnen und eine weitere Budgetdebatte im Dezember führen. In diesem prekären finanziellen Umfeld wollen wir die oberste Progressionsstufe senken und damit weiter mithelfen, an der Spirale des in letzter Zeit immer wieder absurder werdenden Steuerwettbewerbs für die Reichen drehen? Da stellt sich doch wirklich die Frage: Was bringt das? Und wer bezahlt letztlich die Zeche? Bleiben oder kommen sogar mehr Reiche in den Kanton Zürich? Dies kann niemand schlüssig beantworten, da die Steuerbelastung nur ein Faktor einer Standortattraktivität darstellt. Wir tendieren dazu: Der Effekt wird überschätzt! Wie internationale Vergleiche beweisen, ist der Kanton Zürich bereits heute steuerlich international wettbewerbsfähig. Und Vermögende, die jetzt zum

Beispiel wegen tieferer Steuern nach Obwalden, Schwyz oder Zug ziehen, können wir mit solchen Massnahmen nicht halten. Entscheidender, um Vermögende und Firmen zu halten, ist, dass wir attraktiv bleiben, die Steuern stabil sind und einen verlässlichen Faktor auf stabilem Niveau darstellen. Wachsen die Steuereinnahmen? Das ist auch hier nicht sicher. Sicher ist nur: Wenn sie nicht wachsen, dann wird dies wie bei vergangenen Steuergeschenken, zum Beispiel bei der Abschaffung der Erbschaftssteuer oder der Handänderungssteuer der immer so gelobte und als staatstragend bezeichnete Mittelstand berappen müssen, entweder mit höheren Steuern oder mit einem einschneidenden Abbau von Leistungen, sei es bei der Bildung, sei es bei der Umwelt oder beim Verkehr; alles Faktoren, die einen attraktiven Kanton ausmachen.

Wir Grünliberale wollen einen stabilen Steuerfuss und einen stabilen Staat, der seine unverzichtbaren Aufgaben in Bildung, Sozialwesen und Infrastruktur für einen attraktiven Kanton mit möglichst kleinen Mitteln und möglichst effizient wahrnehmen kann. Sparen kann hier sinnvoll sein und auch notwendig; wir stehen dazu. Gleichzeitig ist aber klar, dass ein kleiner reicher Teil der Bevölkerung einen grossen Teil unseres Steueraufkommens aufbringt. Die exakten Zahlen haben Sie zum Teil vorher schon gehört. Dies ist aber auch richtig so. Wer mehr verdient, kann und soll auch einen grösseren Teil zum Gelingen und Erfolg unserer gesamten Gesellschaft beitragen, dies im Sinne einer Steuergerechtigkeit und unter Einbezug der Leistungsfähigkeit. Geht es uns allen gut, ist nämlich auch fast automatisch die gesamte Infrastruktur unserer Gesellschaft für alle viel besser, auch für die Vermögenden. Dies klingt vielleicht altmodisch, aber wer sich recht entsinnt: Dies ist eine der Stützen unserer erfolgreichen, freien und liberalen Gesellschaft, wie sie vor über 50 Jahren geschaffen wurde.

Für uns Grünliberale ist es daher insbesondere in der momentanen Finanzlage absolut unverantwortbar, solche einseitigen Steuergeschenke zu verteilen. Und wenn es in Zukunft einmal möglich werden sollte, wenn es uns besser ginge, dann müssten eher der Mittelstand und Investitionen in KMU entlastet werden. Die Rückweisung als Zusatzschlaufe bringt in unseren Augen im Moment keinen Vorteil.

*Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich):* Der Vorstoss ist nach der Budgetdebatte und dem grossen Geklöne über die schlechte Finanzlage eine Frechheit, stellt sie doch eine mutwillige Entleerung der kantona-



len Finanzen dar. Der Vorstoss ist auch unwürdig und reine Gewinn- gier, geht es doch um Reineinkommen für Einzelpersonen ab 235'000 Franken und für Familien ab 345'000 Franken. Altreiche soziale Patri- archen würden sich schämen, die alte BGB (*Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*), liebe SVP, würde sich schämen. Da war nämlich noch die Einsicht vorhanden: Wer mehr hat, soll mehr bezahlen. Es ist kein verschärfter Wettbewerb vorhanden, im Gegenteil: Mehr Reiche ziehen unter anderem nach Zürich; die Zahlen zeigen es deutlich. Sie bringen alte Zahlen. Und Sie hätten im Tages-Anzeiger vor zwei Tagen lesen können, dass für die meisten Manager der Steuerfuss nicht mal ein Kri- terium ist, das sie anschauen, und dass die Stadt Zürich sehr weit vorne steht – trotz dem hohen Steuerfuss, wegen den netten «Beizlis», die wir haben, wegen den Läden, wegen der städtischen Ambiance, der Kultur. Es ist auch so, dass wir immer mehr Reiche haben. Sie können dazu das neue «Facts» studieren: 3,2 Prozent mehr Millionäre in einem Jahr. Es ist ebenfalls so – da können Sie die neueste «Bilanz» anschauen –, dass der Gewinn der Reichen in einer derartigen Höhe ist, wie sie noch gar nie war. Im Jahr 2004 hatten wir einen Reingewinn in einem einzi- gen Jahr von 31 Milliarden, sprich: 31'000 Millionen Franken in einem einzigen Jahr! Und der Kommentar in der «Bilanz» ist interessant: «Die gewaltige Vermehrung des Vermögens» – das ist ein Zitat – «war nur möglich, weil fast alle Rahmenbedingungen stimmten.» Aufgeführt wurden da der Börsenboom, der Kunstmarkt, die Immobiliengewinne. Das Luxusgeschäft boomt wie verrückt, die Steuern sind überhaupt kein Kriterium. Sie sehen also, dieser Gewinn der 300 Reichsten wäre dreimal das Gesamtbudget des Kantons, das da locker übernommen werden könnte. Und Sie haben das wahrscheinlich auch gehört: End- lich, nach jahrelangem zähen Ringen, hat der IWF die Schulden der 19 ärmsten Länder erlassen. Diese Schulden sind ein Zehntel des einjähri- gen Gewinns der 300 Reichsten, sprich: 3,3 Milliarden Franken. Es ist also eine absolute Frechheit, wenn wir die Leute, die ohnehin schon die meisten Privilegien haben, weiter entlasten. Sie haben dasselbe auch über die Unternehmungen gehört. Da hat die NZZ zitiert: 63 Milliarden Franken in einem einzigen Jahr an Gewinn; ein Gewinn, der noch nie da war, seit überhaupt gezählt wird.

Zusammenfassend also: Die Steuern stehen im Kanton trotz den paar Ausweichlern, die wir kennen, in der Schweiz und europaweit sehr gut da. Obwalden darf kein Vorbild werden; das werden wir vehementes- tens bekämpfen. Nicht mal die Reichen drängen zu diesem Vorstoss,

nehmen es aber selbstverständlich gern, wenn das Geschenk kommt. Der Kanton braucht die Finanzen. Wir wissen es und haben es von Ihrer Seite x-mal gehört: Sie seien leer, die kantonalen Finanzen. Es ist ein schlechter Scherz Ihrerseits und die Möglichkeit würde bestehen, heute Einsicht zu zeigen und für den Vorstoss nicht seine Rückweisung zu beantragen, sondern den Vorstoss zurückzuziehen. Ich bitte Sie, zurückzuziehen beziehungsweise diesen Vorstoss abzulehnen.

*Richard Hirt (CVP, Fällanden):* Ich bin der Meinung, dass eine Rückweisung aus formellen Gründen gar nicht geht. Eine Parlamentarische Initiative kann man, wenn die Vorlage unterstützt wurde und nachher in Beratung gezogen worden ist, nachher definitiv unterstützen oder ablehnen. So steht es im Gesetz. Und sonst haben wir einen recht frivolen Umgang mit dem Gesetz, wenn Sie so abstimmen lassen, Herr Ratspräsident. Ich habe vielmehr den Verdacht, dass diese Rückweisung verdecken soll, dass man vor den Wahlen eine Steuerfussreduktion beim Dreizehner machen will. Das ist rein wahltaktisch und nicht materiell bedingt. So ist es nämlich! Danke.

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Ich stelle mich auf den Standpunkt, dass Paragraph 19 des Geschäftsreglements des Kantonsrates zutrifft, der wie folgt lautet: «Ist der Rat auf eine Vorlage eingetreten, kann er sie ganz oder teilweise an den Regierungsrat oder an die Kommission zur Überprüfung und Änderung zurückweisen.» So steht es im Paragraphen 19 des Geschäftsreglements. Ich meine, dieser Antrag sei zulässig.

*Richard Hirt (CVP, Fällanden):* Das ist ein Grundlagenirrtum. Ich lese im Kantonsratsgesetz bei der Behandlung der Parlamentarische Initiative im Kantonsrat: «Bei Nichteintreten oder Ablehnung in der Schlussabstimmung ist das Verfahren beendet.» Es gibt keine Rückweisung an die Kommission. Das wäre eine Novität.

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Ich werde Ihnen unseren Entscheid zu einem späteren Zeitpunkt bekannt geben.

*Stefan Feldmann (SP, Uster):* Ich weiss jetzt gar nicht, ob ich noch zum Rückweisungsantrag sprechen soll, da gar nicht klar ist, ob er überhaupt zulässig ist. Ich tue es trotzdem.

Wenn ich Robert Marty richtig verstanden habe, wurde die Rückweisung vor allem mit zwei Argumenten begründet, nämlich mit dem Argument, man wolle eine Gesamtschau vornehmen, und mit dem Argument, man komme vielleicht zu einer Neu beurteilung der ganzen Sachlage. Ich finde beide Argumentationslinien ein wenig dünn. Zur ersten, zur Gesamtschau: Ich weiss nicht, ob die SVP gemerkt hat, dass es hier um eine Steuersenkung geht. Und dass die SVP eine Gesamtschau benötigt, wenn es um Steuersenkungen geht, wäre mir etwas ganz Neues. Sie sind doch sonst auch nicht so zimperlich, wenn es darum geht, dem Staat die Mittel zu entziehen. *Abwertendes Lachen von der rechten Ratsseite. Heiterkeit.*) Zum Thema der Neu beurteilung: Also wenn die FDP in der Kommissionsdebatte nach der Rückweisung zu einer Neu beurteilung kommen wollte, dann wäre ich sogar noch geneigt, dieser zuzustimmen. Aber wenn wir ehrlich sind, dann wird dem ja nicht so sein. Und ich muss Ihnen sagen: Ich denke auch nicht, dass wir zu einer andern Beurteilung kommen, das muss ich Ihnen gestehen. Also auch eine Neu beurteilung bringt nichts. Wir diskutieren heute ja bereits zum dritten Mal über diese Fronten. Die Fronten sind eigentlich immer gleich. Das zeigt, dass in dieser Situation weder die eine noch die andere Seite zu einer Neu beurteilung kommen wird.

Und dann bleibt der Fakt, wie Richard Hirt gesagt hat: Es geht hier nicht um eine materielle Rückweisung, sondern um eine rein taktisch bedingte Rückweisung. Bemerkenswert scheint mir immerhin auch, dass die von der FDP in der Budgetdebatte beantragte offensive Steuerstrategie mit einem Rückzugsgefecht beginnt. Sie können hier so viele Worte machen, meine Damen und Herren auf der bürgerliche Seite, wie Sie wollen, Fakt ist: Sie haben kalte Füsse bekommen! Sie wissen, dass Sie diese Abstimmung im Vorfeld der Kantonsratswahlen nicht gewinnen können. Deshalb wollen Sie mit einer Rückweisung sich quasi eine «Carte Blanche» erschleichen, um zu einem anderen, vermeintlich besseren Zeitpunkt mit diesem Anliegen wieder zu kommen. Ich muss sagen, ich finde diese Vorgehensweise nicht ganz redlich. Wenn Sie erkannt haben, dass die Einreichung dieser Parlamentarischen Initiative voreilig war und Sie wirklich eine Gesamtschau machen wollen, dann wäre es redlich, wenn Sie die Parlamentarische Initiative hier und heute ablehnen und dann nach Ihrer Gesamtschau mit einem neuen

Vorstoss kämen, welcher das Resultat dieser Gesamtschau wiedergibt. Oder aber Sie stehen zu Ihrem oft bekräftigten politischen Ziel, die höchste Progressionsstufe zu streichen. Dann stimmen Sie der Parlamentarischen Initiative hier und heute zu und dann lassen wir die Frage vom Zürcher Volk an der Urne entscheiden.

Ich bitte Sie, handeln Sie redlich, stimmen Sie gegen diesen rein taktisch begründeten Rückweisungsantrag und lehnen Sie die Parlamentarische Initiative anschliessend ab.

*Peter Reinhard (EVP, Kloten):* Es ist auch eine Zwängerei, dass wir jetzt bereits zum dritten Mal über die Abschaffung des Dreizehners diskutieren in diesem Rat. Es war auch immer klar, wie diese Haltung herausgekommen ist. Wenn sie jetzt anders herauskommt, dann haben wir keine Angst, wenn die Bevölkerung dazu Stellung nehmen kann. Wir sind auch der Meinung, dass eine Rückweisung zum heutigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist. Wir sehen durchaus das Anliegen einer Gesamtsicht und einer Gesamtbeurteilung in den Steuerfragen. Aber dann reichen Sie dazu auch einen entsprechenden Vorstoss ein und verlangen Sie dies! Hier haben wir keinen Vorstoss, der eine Gesamtsicht verlangt, sondern wir haben einen Vorstoss, der allein nur den Dreizehner abschaffen will. Das werden wir so selbstverständlich nicht unterstützen. Wir werden eine Rückweisung ebenfalls nicht unterstützen und wir freuen uns auf die Volksabstimmung und werden zusammen mit der Bevölkerung diese Thematik sicher intensiv und ausgiebig diskutieren können.

Ich möchte Ihnen aber auch noch sagen, dass nicht jeder, der in die Progression des Dreizehners kommt, einfach dagegen ist. Es gibt auch noch Leute, die sagen «wir bekommen auch eine Leistung dafür», und der Kanton Zürich hat eine gute Leistung. Und selbstverständlich ist es so, dass diese Leute für das, was sie erhalten, die Leistung, auch bezahlen würden. Wir werden hier deshalb entsprechend abstimmen. Danke.

*Beat Walti (FDP, Zollikon):* Ich habe eigentlich nicht vorgehabt, etwas zu sagen. Aber unerstaunlich, dass so viel gesagt wurde, das nicht unwidersprochen bleiben will, so dass ich mich hier gemüsst sehe, das doch noch zu tun. Sie sprechen wider besseres Wissen nach wie vor davon, dass wir durch die vorgeschlagene Massnahme unter anderem die staatlichen Kassen leeren wollten, Katharina Prelicz hat dieses

Wort gebraucht. Sie wissen genau, dass das Gegenteil der Fall ist. Im offenen interkantonalen und internationalen Wettbewerb ist es eben so, dass diejenigen die beste Steuerkraft mobilisieren können, die auch attraktive Umfeldbedingungen zu bieten haben. Dies beweisen Statistiken zu den Bundessteuererträgen, die klar ausweisen, dass die Kantone Schwyz und Zug, seit sie so attraktiv sind, stark zugelegt haben an Steuersubstrat.

Wenn Sie von steuerlicher Entsolidarisierung sprechen, dann möchte ich Sie doch bitten, in Betracht zu ziehen, dass zirka 3 Prozent der Steuerpflichtigen für 40 Prozent der Steuererträge zuständig sind in unserem Budget, das wir gerade beraten haben. Und wenn Sie hier von mangelnder Solidarität sprechen, dann finde ich das doch ein bisschen stark. Zumindest finde ich es stark, wenn Sie die Diskussion darüber verweigern wollen, ob man diesen Leuten auch ein attraktives Umfeld bieten könnte anstatt ihnen einfach bessere Gebiete ausserhalb des Kantons Zürich – passiv zumindest – zu empfehlen.

Claudia Balocco spricht vom Mobilitätsmythos. Claudia Balocco, es geht überhaupt nicht um einen Mythos hier, es geht um Realitäten. Wenn Sie die Beantwortung der Anfrage 99/2004 korrekt gelesen haben, dann sehen Sie, was bereits Robert Marty zitiert hat, dass eine Handvoll allerbesten Steuerzahler noch vor fünf Jahren erheblich mehr Steuern geleistet hat, als dies im Jahr 2000 der Fall ist, und das sind wahrscheinlich nicht die gleichen, sondern es handelt sich vermutlich zum grossen Teil mindestens eben um andere Steuersubjekte, die überhaupt noch hier sind. Es geht nicht darum, Mobilität zu bedienen, wir müssen für die Rückkehr oder für den Erhalt des Steuersubstrates keine neuen S-Bahnlinien aufmachen, sondern wir müssen uns sehr gezielt die Frage stellen: Wer finanziert unser Budget im Kanton Zürich?

Und noch ein Hinweis zum ruinösen Steuerwettbewerb, der so gern zitiert wird. Wenn Sie die Zeitung aufmerksam lesen und gelegentlich auch Berichterstattungen über OECD-Berichte, dann sehen Sie, dass auch in den letzten Jahren die Fiskal- und Abgabenquote stark zugenommen hat, dies insbesondere in der Schweiz; stärker hier nämlich als andernorts in unserem Umfeld.

Und jetzt möchte ich noch kurz mit Stefan Feldmann ins Wort kommen; zum taktischen Rückzugsgefecht. Ich möchte überhaupt nicht in Abrede stellen – und das hat auch Robert Marty bei der Begründung bereits erwähnt –, dass es taktische Elemente hat in diesem Rückwei-

sungsantrag an die WAK. Auf der andern Seite muss ich doch feststellen, dass wir Freisinnigen hier die Einzigen sind, die unseren Worten auch Taten folgen lassen. Sie sprechen seit dem runden Tisch immer von Ihrer Verhandlungsbereitschaft – mit Ihnen könne man durchaus über eine Gesamtschau sprechen und, und, und –, bloss habe ich noch nie auch nur einen Anhaltspunkt dafür gehört, was das auch sein könnte. Das gilt ganz besonders für die SP. Hier erwarte ich allerdings auch nicht viel. Bei der CVP sieht das etwas anders aus.

Es ist überhaupt keine Zwängerei, Peter Reinhard, wenn dieses Thema zum dritten Mal jetzt innert einiger Jahre auf den Tisch kommt. Ich finde, es ist ein überragend wichtiges Thema für die Erhaltung der Steuerattraktivität des Kantons, und ich kann Ihnen versprechen: Falls es nicht gelingen sollte, dieses Anliegen in absehbarer Zeit zu realisieren oder die Attraktivität zu steigern, dann wird es auch noch ein viertes oder ein fünftes Mal geben.

Der Rückweisungsantrag dient für uns in der Tat dazu, auch der Regierung Zeit zu verschaffen, sich ein Bild zu machen und eine Strategie zu entwickeln, wie über die nächsten Jahre – und da spreche ich nicht von einem oder zwei, sondern von drei, vier oder fünf Jahren – die Attraktivität des Steuerstandortes gesteigert werden könnte. Wir bleiben deshalb trotz der Kritik verschiedener Seiten bei diesem Antrag und ersuchen Sie, ihn zu unterstützen.

*Jorge Serra (SP, Winterthur):* Ob dieser Rückweisungsantrag überhaupt zulässig ist – wir haben es gehört –, da sind wir uns noch nicht einig. Auf jeden Fall ist dieser Rückweisungsantrag nicht ernst gemeint. Robert Marty, Sie glauben ja selber nicht, dass die WAK bei einer zweiten Behandlung des gleichen Geschäftes zu einer anderen Meinung käme. Die Meinungen dort sind gemacht, die Abstimmung hat stattgefunden. Es ist kein Zufallsentscheid. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine zweite Diskussion der Parlamentarischen Initiative Lukas Briner ein anderes Ergebnis bringen würde. Und allein deshalb ist dieser Rückweisungsantrag auch nicht in Ordnung und letztlich unredlich. Der Rat muss jetzt entscheiden, die WAK hat ihre Arbeit getan. Das hat überhaupt nichts mit einer Gesamtschau zu tun, wie Sie das gesagt haben. Ich denke, Sie missbrauchen da ein wenig die WAK, lassen Sie einfach Abstimmungen und Behandlungen wiederholen. Damit verkommt die Arbeit in der WAK zu einer Sisyphusarbeit. Willy Haderer,

wenn Sie mit der Arbeit der WAK nicht zufrieden sind und eine andere Traktandierung oder ein anderes Vorgehen wünschen, dann besprechen Sie das doch mal unter vier Augen mit Ihrem Fraktionskollegen Hansjörg Schmid. Er ist WAK-Präsident und Hauptverantwortlicher für die WAK.

Der wahre Grund für den Rückweisungsantrag ist bereits genannt worden: Die FDP hat die Hosen voll und der Zeitpunkt ist doch sehr ungelegen vor den Wahlen. Man will das möglichst hinausschieben; das ist der wahre Grund.

Ich bitte Sie, lehnen Sie die Rückweisung und dann auch die Parlamentarische Initiative Lukas Briner ab!

*Hansjörg Schmid (SVP, Dinhard), Präsident der WAK:* Ich möchte nicht auf alle Voten eingehen, nur zu zwei, drei möchte ich mich doch äussern. Zuerst zu Ralf Margreiter: Ihn kann ich beruhigen. Die Steuereinnahmen fliessen auch in Zukunft und der totale Stillstand wird nicht eintreten, vor allem wenn wir an das Ausgabenwachstum der letzten Jahre denken. Zu Katharina Prelicz: Ein Rückzug der Parlamentarischen Initiative zum jetzigen Zeitpunkt, denke ich, ist nicht mehr möglich. Nun noch zu Robert Marty: Natürlich können wir die Parlamentarische Initiative nochmals in die Kommission zurücknehmen. Viele neue Argumente wird es aber wohl kaum geben. Wir können versuchen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Dafür fehlt mir aber im Moment der klare Auftrag. Und vielleicht wäre es ja doch besser oder sinnvoller, einen neuen Vorstoss einzureichen. Und nun zuletzt noch zu Willy Haderer: Das Geschäft ist seit bald zehn Jahren in der Pipeline. Darum wollten wir es zu Ende führen. Wir möchten uns nicht den Vorwurf gefallen lassen, wir würden nie entscheiden. Wir haben einige Geschäfte zurückgestellt, vor allem auch, bis die Regierung die neuen Instrumente der Ausgabenbremse vorgelegt hat. Sie werden noch in diesem Monat in die Vernehmlassung gehen. Anschliessend werden wir die von Ihnen geforderte Gesamtschau halten und die Geschäfte erledigen. Wenn Sie, lieber Willy Haderer, die Gesamtschau gemacht hätten, hätten Sie unschwer feststellen müssen, dass die WAK ihre Aufgabe tut.

*Regierungsrat Hans Hollenstein:* Diese Parlamentarische Initiative hat eine sehr lange Geschichte und der Regierungsrat hat sich auch schon

früher dazu geäußert. Sinngemäss: Es ist ein berechtigtes Anliegen. Aber bei aller Berechtigung dieses grundsätzlichen Anliegens muss ich Sie an etwas erinnern, dass Steuergesetzrevisionen auch finanziert werden müssen. Es ist uns allen klar, dass die finanzielle Lage dieses Kantons nicht eben erfreulich ist. Verschärft wurde sie durch die jüngste Budgetdebatte, konkret durch die Festsetzung des Steuerfusses auf 100 Prozent. Dem Kanton entgehen dadurch während der nächsten zwei Jahre 450 Millionen Franken. Wenn nun diese Parlamentarische Initiative gutgeheissen würde, kämen noch rund 30 Millionen Franken per annum dazu. Das liegt nicht drin! Denken Sie auch an Ihre Verantwortung gegenüber den Gemeinden! Auch die Gemeinden würde dies betreffen.

Sorgfältiges Haushalten ist nicht nur eine Sache während der Budgetdebatte und während der Fraktionserklärungen dazu. Sorgfältiges Haushalten in finanzieller Hinsicht dauert das ganze Jahr. Wir müssen uns das ganze Jahr vor Augen halten, was wir bei den Einnahmen verändern und was bei den Ausgaben. Das ist der Regierung ein ganz grosses Anliegen.

Robert Marty hat mich um Auskunft gebeten, was die Regierung dann sagen würde bei einer Zurückweisung an die Kommission. Robert Marty, die Regierung hat sich schriftlich festgelegt und gesagt, diese Parlamentarische Initiative sei abzulehnen. Wenn Sie entgegen dazu beschliessen würden, an die Kommission zurückzuweisen, wäre es von verschiedenen Varianten die zweitschlechteste. Aber wir bleiben bei der Aussage: Lehnen Sie diese Parlamentarische Initiative ab!

*Lucius Dürri (CVP, Zürich):* Angesichts der nach wie vor prekären Mehrheitsverhältnisse beantrage ich,

*Abstimmung unter Namensaufruf.*

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Meinen Sie den Rückweisungsantrag oder den Antrag über die definitive Unterstützung?

*Lucius Dürri (CVP, Zürich):* Ich meine den ersten, weil es auf dasselbe hinauskommt.



*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Lucius Dürr beantragt zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag Namensaufruf. Ich habe mich entschieden, diesen Rückweisungsantrag gestützt auf Paragraf 19 des Geschäftsreglements zuzulassen. Wir stimmen nun ab über den Namensaufruf.

#### *Abstimmung*

**Für den Antrag, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen deutlich mehr als 30 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 30 Stimmen erreicht.** Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

#### *Abstimmung unter Namensaufruf*

Für den Rückweisungsantrag stimmen folgende 81 Ratsmitglieder:

Appenzeller John (SVP, Aeugst a.A.); Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Heinrich (SVP, Kloten); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Isler René (SVP, Winterthur); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kern Othmar (SVP, Bülach); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Kuhn Regula (SVP, Illnau-Effretikon); Kull-Benz Katharina (FDP, Zollikon); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a.A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Manser Emil (SVP, Winterthur); Marty Robert (FDP, Affoltern a.A.); Meier Oliver B. (SVP, Zürich); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zü-

rich); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Walter (SVP, Pfungen); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Roesler Peter (FDP, Greifensee); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Sauter Regine (FDP, Zürich); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Siegenthaler-Benz Rolf André (SVP, Zürich); Simioni-Dahm Anita (FDP, Andelfingen); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Thalman-Meyer Regula (FDP, Uster); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Walther Rolf (FDP, Zürich); Walti Beat (FDP, Zollikon); Weber-Gachnang Theresia (SVP, Uetikon a.S.); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Widmer Graf Andrea (FDP, Zürich); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Zollikon); Zaugg Marlies (FDP, Richterswil); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Gegen den Rückweisungsantrag stimmen folgende 84 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Balocco Claudia (SP, Zürich); Brandenberger Markus (SP, Uetikon am See); Braunschweig-Lütolf Ursula (SP, Winterthur); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Bucher-Steinegger Heidi (Grüne, Zürich); Büchi-Wild Renate (SP, Richterswil); Burger Andreas (SP, Urdorf); Bürgi André (SP, Bülach); Burlet Marcel (SP, Regensdorf); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); De Mestral Yves (SP, Zürich); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Eugster-Wick Yvonne (CVP, Männedorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Furter Willy (EVP, Zürich); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Gfeller Matthias (Grüne, Winterthur); Golta Raphael (SP, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Grob Urs (SP, Adliswil); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hächler Patrick (CVP, Gossau); Hany

Urs (CVP, Niederhasli); Hardegger Thomas (SP, Rümlang); Hildebrand Esther (Grüne, Illnau-Effretikon); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Holenstein Weidmann Pia (SP, Affoltern a.A.); Hug Adrian (CVP, Zürich); Jaggi Katrin (SP, Zürich); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Keller Ueli (SP, Zürich); Kennel Schnider Andrea (SP, Dübendorf); Krebs Cécile (SP, Winterthur); Kull Martin (SP, Wald); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Leuzinger Romana (SP, Zürich); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Maier Thomas (GLP, Dübendorf); Margreiter Ralf (Grüne, Zürich); Mauchle Thea (SP, Zürich); Müller-Jaag Lisette (EVP, Knonau); Munz Roland (SP, Zürich); Naef Martin (SP, Zürich); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Prelicz-Huber Katharina (Grüne, Zürich); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schmid Peter A. (SP, Zürich); Schulthess Peter (SP, Stäfa); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Seiler Graf Priska (SP, Kloten); Serra Jorge (SP, Winterthur); Sprecher Andrea (SP, Zürich); Spring Monika (SP, Zürich); Stünzi Jürg (Grüne, Küsnacht); Torp Eva (SP, Hedingen); Tremp Johanna (SP, Zürich); Trüb Klingler Marianne (SP, Dättlikon); Vieli-Platzer Natalie (Grüne, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Weibel Thomas (GLP, Horgen); Ziegler Thomas (EVP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zollinger Johannes (EVP, Wädenswil).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 3 Ratsmitglieder:

Honegger Werner (SVP, Bubikon); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen).

Abwesend sind folgende 11 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Ganz Fredy (FDP, Bassersdorf); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon); Ziegler Sabine (SP, Zürich).

10064

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss der Ratspräsident.

**Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 81 Stimmen bei 3 Enthaltungen, den Rückweisungsantrag abzulehnen.**

*Detailberatung*

*Titel und Ingress*

*I. und II.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Lucius Dürr (CVP, Zürich):* Ich verlange noch einmal

*Abstimmung unter Namensaufruf.*

*Robert Marty (Affoltern a.A.):* Mir ist nicht klar, ob das Präsidium den Minderheitsantrag, den ich gestellt habe, bereits bei der Begründung des Rückweisungsantrags entgegengenommen hat, darum wiederhole ich ihn hier noch einmal.

Ich stelle den Minderheitsantrag,

*die Parlamentarische Initiative Lukas Briner sei definitiv zu unterstützen, allerdings unter Anwendung der seit 1. Januar 2006 neu gültigen Steuertarife, wie sie auf Seite 4 der heutigen Vorlage festgehalten sind.*

Auch auf diesen formellen Aspekt, der meines Erachtens in der Vorlage ungenügend dargestellt ist, habe ich in meinen Ausführungen bereits hingewiesen. Besten Dank.

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Robert Marty stellt einen Antrag. Dies ist kein Minderheitsantrag. Der ist von der Kommission gestellt und diese Bereinigung würde bei einer definitiven Unterstützung vor der zweiten Lesung sicher noch erfolgen.

*Stefan Feldmann (SP, Uster):* Die SP-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Es ist richtig, dass schon erfolgte Steuergesetzanpassungen hier vollzogen werden, bevor die Schlussabstimmung dann gemacht wird.

### *Abstimmung*

**Für den Antrag, die Schlussabstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen deutlich mehr als 30 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 30 Stimmen erreicht.** Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

### *Schlussabstimmung unter Namensaufruf*

Für den Antrag der vorberatenden Kommission stimmen folgende 84 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Balocco Claudia (SP, Zürich); Brandenberger Markus (SP, Uetikon am See); Braunschweig-Lütolf Ursula (SP, Winterthur); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Bucher-Steinegger Heidi (Grüne, Zürich); Büchi-Wild Renate (SP, Richterswil); Burger Andreas (SP, Urdorf); Bürgi André (SP, Bülach); Burllet Marcel (SP, Regensdorf); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); De Mestral Yves (SP, Zürich); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Eugster-Wick Yvonne (CVP, Männedorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Furter Willy (EVP, Zürich); Gerber Rüeegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Gfeller Matthias (Grüne, Winterthur); Golta Raphael (SP, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Grob Urs (SP, Adliswil); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hächler Patrick (CVP, Gossau); Hany Urs (CVP, Niederhasli); Hardegger Thomas (SP, Rümlang); Hildebrand Esther (Grüne, Illnau-Effretikon); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Holenstein Weidmann Pia (SP, Affoltern a.A.); Hug Adrian (CVP, Zürich); Jaggi Katrin (SP, Zü-

rich); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Keller Ueli (SP, Zürich); Kennel Schnider Andrea (SP, Dübendorf); Krebs Cécile (SP, Winterthur); Kull Martin (SP, Wald); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Leuzinger Romana (SP, Zürich); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Maier Thomas (GLP, Dübendorf); Margreiter Ralf (Grüne, Zürich); Mauchle Thea (SP, Zürich); Müller-Jaag Lisette (EVP, Knonau); Munz Roland (SP, Zürich); Naef Martin (SP, Zürich); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Prelicz-Huber Katharina (Grüne, Zürich); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schmid Peter A. (SP, Zürich); Schulthess Peter (SP, Stäfa); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Seiler Graf Priska (SP, Kloten); Serra Jorge (SP, Winterthur); Sprecher Andrea (SP, Zürich); Spring Monika (SP, Zürich); Stünzi Jürg (Grüne, Küsnacht); Torp Eva (SP, Hedingen); Tremp Johanna (SP, Zürich); Trüb Klingler Marianne (SP, Dättlikon); Vieli-Platzer Natalie (Grüne, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Weibel Thomas (GLP, Horgen); Ziegler Thomas (EVP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zollinger Johannes (EVP, Wädenswil).

Gegen den Antrag der vorberatenden Kommission stimmen folgende 73 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Appenzeller John (SVP, Aeugst a.A.); Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Heinrich (SVP, Kloten); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Hürlimann Werner (SVP, Uster);

Isler René (SVP, Winterthur); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kern Othmar (SVP, Bülach); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Kuhn Regula (SVP, Ilnau-Effretikon); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a.A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Manser Emil (SVP, Winterthur); Marty Robert (FDP, Affoltern a.A.); Meier Oliver B. (SVP, Zürich); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zürich); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Walter (SVP, Pfungen); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Roesler Peter (FDP, Greifensee); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Siegenthaler-Benz Rolf André (SVP, Zürich); Simioni-Dahm Anita (FDP, Andelfingen); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Vogel Thomas (FDP, Ilnau-Effretikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Walti Beat (FDP, Zollikon); Weber-Gachnang Theresia (SVP, Uetikon a.S.); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Zollikon); Zaugg Marlies (FDP, Richterswil); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 12 Ratsmitglieder:

Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Kull-Benz Katharina (FDP, Zollikon); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Sauter Regine (FDP, Zürich); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Walther Rolf (FDP, Zürich); Widmer Graf Andrea (FDP, Zürich).

Abwesend sind folgende 10 Ratsmitglieder:

Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Ganz Fredy (FDP, Bassersdorf); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon); Ziegler Sabine (SP, Zürich).

10068

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss der Ratspräsident.

**Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 73 Stimmen bei 12 Enthaltungen, dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die Parlamentarische Initiative Lukas Briner abzulehnen.**

Das Geschäft ist erledigt.

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Ich beantrage Ihnen nun, Traktandum 6 vorzuziehen, damit wir die zweite Lesung des CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) heute noch abschliessen können. Sie sind damit einverstanden.



## **6. Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG)**

Antrag der Redaktionskommission vom 1. Dezember 2005 **4148b**

*Reto Cavegn (FDP, Oberengstringen), Referent der Redaktionskommission:* Die Redaktionskommission hat beim CRG und den darauf folgenden Gesetzesänderungen neben den üblichen formalen und redaktionellen Änderungen, die keine Kommentierung nötig haben, drei Änderungen vorgenommen, die ich kurz speziell erwähnen möchte.

Erstens, Paragraf 21 Absatz 1: Der Satz «Die Leistungen werden entsprechend angepasst.» wurde gestrichen, weil es ihn schlicht und einfach nicht braucht.

Zweitens, Paragraphen 59 und 60: Wir haben die Formulierung «...namentlich verantwortlich...» durch «...insbesondere verantwortlich...» ersetzt, da es sich um keine abschliessende Aufzählung handelt.

Und drittens, Paragraf 49 Absatz 3 im Kantonsratsgesetz: Gegenüber der Formulierung «...ist die zuständige Sachkommission zu orientieren» haben wir versucht, mit «...orientiert der Regierungsrat oder die Direktion die zuständige Sachkommission.» Klarheit zu schaffen.

Das sind alle Bemerkungen.

### *Detailberatung*

#### *Titel und Ingress*

##### *I.*

##### *A. Allgemeine Bestimmungen*

###### *§§ 1 bis 5*

##### *B. Controlling*

###### *I. Allgemeines*

###### *§§ 6 bis 8*

###### *II. Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*

###### *§§ 9 bis 13*

##### *III. Budget*

###### *1. Allgemeines*

###### *§§ 14 bis 16*

10070

*2. Verfahren*

*§§ 17 bis 19*

*3. Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen*

*§§ 20 bis 22*

*IV. Rücklagen und Kreditübertragung*

*§§ 23 bis 25*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*V. Berichterstattung*

*§ 26*

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Zu Paragraf 26 Absatz 2 liegt ein Rückkommensantrag von Peter Reinhard, Kloten, vor. Es braucht 20 Stimmen, um zurückzukommen.

*Abstimmung*

**Für den Rückkommensantrag von Peter Reinhard stimmen deutlich mehr als 20 Stimmen.**

*Peter Reinhard (EVP, Kloten):* Ich beantrage Rückkommen auf Paragraf 26 Absatz 2 CRG, und zwar eine Änderung des Textes gemäss Antrag der Spezialkommission vom 30. November 2005 gemäss Vorlage 4148a, worin es heisst: «Er leitet die Zwischenberichte dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme zu.» Gegenüber dem Antrag 4148b der Redaktionskommission wird damit der zweite Teil des Absatzes gestrichen, der da lautet: «... und unterbreitet diesem Vorschläge zur nachhaltigen Senkung des Aufwandes.»

Zu Gunsten des Auftrages an den Regierungsrat, jeweils mit den Zwischenberichten Vorschläge zur nachhaltigen Senkung des Aufwandes zu unterbreiten, wurde bereits in der Ratssitzung vom 28. November 2005 diskutiert. Als Argument ins Feld geführt wurde, dass es in der Privatwirtschaft üblich sei, Sofortmassnahmen zur Verbesserung der finanziellen Lage zu ergreifen, wenn das Budget nicht eingehalten werden könne. Allerdings verkennt diese Argumentation den Umstand, dass in einer privaten Firma ein CEO oder eine Geschäftsleitung entscheiden kann und wir hier in einer demokratischen Struktur zu arbeiten haben, in der es Mehrheiten braucht. Im nun vorliegenden Text geht

es jedoch nicht darum, dass solche Massnahmen vorgeschlagen würden. Der Auftrag an den Regierungsrat lautet, unabhängig vom Ergebnis des Zwischenberichtes und auch unabhängig vom Einfluss des laufenden Haushaltsjahres, Vorschläge zur nachhaltigen, das heisst langfristigen Reduktion des Aufwandes vorzuschlagen. Das ist etwas anderes und darum lohnt es sich, das Thema nochmals aufzugreifen. Für den Verzicht auf die Vorschläge zur Reduktion des Aufwandes mittels Zwischenbericht sprechen folgende Argumente:

Erstens: Praktisch läuft der Auftrag, zweimal jährlich dem Kantonsrat Vorschläge für eine nachhaltige Senkung des Aufwandes zu machen, darauf hinaus, dass der Regierungsrat jährlich zweimal Vorschläge zum Inhalt von Sanierungsprogrammen machen muss. Dies ist einem ordentlichen Planungsprozess und Haushaltsvollzug abträglich. Im Übrigen besteht das Risiko, dass sich das Verfahren mit der Zeit totläuft und zu einer Alibiübung verkommt. Ich helfe aber mit der Zustimmung und Sie helfen da auch mit, dass wir Kosten sparen, indem die Verwaltung nicht Leerläufe produzieren muss, die letztlich keine Auswirkungen haben.

Zweitens: Das Verfahren ist zu wenig mit den Abläufen und dem Instrumentarium des Kantonsrates abgestimmt. Die Form der vorzulegenden Vorschläge wie auch das Verfahren sind nicht klar. Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen die Beschränkung der Formulierung «Er leitet die Zwischenberichte dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme zu.» zuzustimmen und danke für Ihre Unterstützung.

*Ueli Annen (SP, Illnau-Effretikon):* Auch ich bitte Sie, nochmals kurz einen Schritt zurückzutreten und sich zu überlegen, was Sie mit diesem Zusatz in dieses Gesetz «hineingepostet» haben. Was ist die Funktion eines Zwischenberichtes? Überlegen Sie das bitte nochmals. Der Zwischenbericht soll Hinweise darauf geben, wie das Rechnungsergebnis des laufenden Jahres aussehen wird. Es geht eigentlich darum, dem Kantonsrat etwas an zusätzlichen Grundlagen zu liefern für seine Budgetdiskussion. Gemeint ist eigentlich, dass der Kantonsrat im Budgetprozess aktiv werden kann, wenn er will, wenn ihn diese Hinweise beunruhigen. Weder der Regierungsrat noch der Kantonsrat werden das aus dem Hut zaubern können, was dieser Zusatz verlangt, nämlich – ich zitiere: «Vorschläge für nachhaltige Aufwandsenkung». Der Zusatz, den Sie hier hineingeschrieben haben, ist eines der grössten

legislatorischen Kuckuckseier, meine ich, die wir in letzter Zeit hier gelegt haben. Zum Glück ist es nicht nur gross, sondern auch hohl. Peter Reinhard hat es schon gesagt: Es wird zur Alibiübung verkommen. Wenn es drin bleibt, wird die Regierung nolens volens eben das tun, was jeder tut, wenn man von ihm Unsinniges oder Unmögliches verlangt. Er wird ein paar Floskeln und Sätzchen in diesen Bericht hineinschreiben und rechnet dabei auch mit der Einsicht des Adressaten, dass diese Aufgabe eben eigentlich unzumutbar ist.

Ich finde es peinlich für den Kantonsrat, wenn solche Dinge in einem Gesetz drin stehen bleiben. Wir haben heute dank der EVP noch einmal Gelegenheit, diesen kleinen, aber sehr offensichtlichen Fauxpas aus einem an sich guten und zukunftsgerichteten Gesetz herauszustreichen. Helfen Sie dabei mit!

*Rolf Walther (FDP, Zürich):* Peter Reinhard und Ueli Annen bestätigen uns ja gerade in ihren Aussagen, wie wichtig es ist, dass dieser Satz so enthalten bleibt, wie er ist. Er steht unter dem Titel «Berichterstattung». Und unter dem Titel «Berichterstattung» kommen die Zwischenberichte. Und bei den Zwischenberichten kommt ein Satz, wonach ja die Regierung hinzuweisen hat auf das Ergebnis dieses Kantons. Wir haben die Budgetdebatte noch nicht lange hinter uns gebracht und haben gesehen, wie wenig Spielraum der Kantonsrat in so einer Situation überhaupt hat. Und genau aus diesem Grund sollen in diesen Zwischenberichten wirklich wesentliche – auch das steht ja im Paragraphen 26 Absatz 1 –, bedeutende Veränderungen der Leistungsentwicklung festgehalten werden sowie dann, wenn wegen Kreditüberschreitungen Nachtragskredite notwendig sind; dann soll gehandelt werden. Und dann soll der Regierungsrat eben auch wirklich Vorschläge unterbreiten, wie der Aufwand nachhaltig gesenkt werden kann. Und genau aus diesem Grund ist es am richtigen Ort und am richtigen Platz eigentlich enthalten. Jetzt könnte man wahrscheinlich noch das eine oder andere Wort zusätzlich hineinbringen und dann wären Sie vielleicht noch glücklicher damit oder wären noch unglücklicher damit, weil es eben nachher noch konkreter würde. Aber so ist der Entscheid wirklich bei der Regierung, uns zu sagen, was bedeutende Veränderungen im Finanzhaushalt sind. Und genau deshalb soll der Satz so stehen bleiben. Ich bitte Sie, den Antrag von Peter Reinhard abzulehnen.

*Natalie Vieli-Platzer (Grüne, Zürich):* Die Grünen unterstützen den Rückkommensantrag und damit die Streichung des zweiten Teils von Paragraf 26 Absatz 2. Wir haben dies bereits in der Kommission und anlässlich der ersten Lesung getan. Es ist eine absurde Bestimmung. Der Zwischenbericht gibt Rechenschaft über das laufende Jahr und nicht über die Zukunft; dazu ist der Budgetprozess da. Diese Prozesse laufen ja parallel, das heisst, in dieser Zeit macht sich der Regierungsrat Gedanken dazu im Rahmen des Budgetprozesses. Dort gehören solche Massnahmen auch hinein, wenn der Regierungsrat sieht, dass der mittelfristige Ausgleich in Gefahr ist, aber nicht in die Zwischenberichterstattung über das laufende Jahr.

Absurd ist diese Bestimmung aber auch, weil sie keine Bedingungen an einen negativen Saldo festhält, sondern es wäre so, dass solche Massnahmen auch dann ergriffen werden müssten, wenn ein positiver Saldo vorliegt. Es macht deshalb auch keinen Sinn.

Wir unterstützen den Antrag auf Rückkommen.

*Regierungsrat Hans Hollenstein:* Der Regierungsrat unterstützt den Antrag von Peter Reinhard. Dieser Antrag entspricht ja auch der damaligen Kommissionsmehrheit der Spezialkommission. Es sind für den Regierungsrat zwei Gründe, die dafür sprechen, diesen Absatz 2 wirklich zu streichen.

Zum Ersten: Ökonomisch ist es wenig sinnvoll oder gar unsinnig, bei einem genehmigten Budget, einem Budget, das auf Kurs liegt, trotzdem Vorschläge zur Aufwandsenkung zu unterbreiten.

Zweitens: Auch instrumentell macht es keinen Sinn. Dieses Instrument ist nicht abgestimmt auf die Abläufe Ihres Rates.

Und zum Dritten: Aus Sicht der finanziellen Führung – und das ist etwas ganz Wichtiges – bedenken Sie: Wir haben zwei Sparprogramme laufen. Wir sind jetzt daran, das Investitionsprogramm zu überprüfen. Und wir stehen ebenso vor dem nächsten Sparpaket. Nun noch ergänzend zweimal im Rat Aufwandsenkungsvorschläge zu unterbreiten, wirkt demotivierend. Das wirkt demotivierend für unsere Leute, von den Chefs bis zu den Mitarbeitenden. Ich bin überzeugt, dass sich das totläuft. Auch der Rat hat eine Führungsverantwortung. Ich bitte Sie, diese wahrzunehmen. Bedenken Sie auch, dass der Kantonsrat verschiedene Instrumente hat, um einzuwirken. Ich erinnere an die künftig

zu verbessernde Ausgabenbremse. Ich erinnere an die Leistungsmotion. Ich erinnere auch an die KEF-Erklärung.

Zusammengefasst: Ich bitte Sie nachdrücklich im Namen des Regierungsrates, diesen Absatz 2 zu streichen. Es wäre sehr schade, wenn ein gutes Gesetz von Anfang an derart negativ belastet würde.

*Theo Toggweiler (SVP, Zürich):* Ich möchte Sie an den Titel des Gesetzes erinnern. Das Gesetz heisst «Controlling». Mit der Frage befassen wir uns nun schon seit so vielen Jahren und dürfen heute feststellen, dass die Regierung sich noch immer nicht einig ist, was Controlling ist; jeder versteht etwas anderes. Und irgendwelche Hinterbänkler von der anderen Seite haben es auch noch nicht verstanden. Controlling heisst ja nichts anderes, als dass wir steuern müssen. Steuern heisst, wir haben Vorgaben, wir haben Ergebnisse oder Zwischenergebnisse und dann gibt es eine Abweichung. Und dann muss man Berichte geben. Weil Sie das nicht verstehen, sage ich, das ist dann Reporting. Wenn ich es englisch sage, dann checken Sie vielleicht, dass es ein Reporting braucht beim Controlling; vielleicht ist das so verständlich. Also, die Abweichungen müssen offen gelegt werden. Und wer soll so etwas tun? Der Kantonsrat, die Finanzkommission bekommen Angaben. Und was ist das? Das sind Entscheidungsgrundlagen. Was ist das für eine Regierung, die uns sagt – mehrheitlich, einstimmig –, der Kantonsrat braucht ja gar keine Entscheidungsgrundlagen während des Jahres?

Finanzdirektor Hans Hollenstein, wenn Sie das nicht unterstützen, dann würde ich Ihnen empfehlen: Machen Sie weiterhin alle zwei Jahre ein Sanierungsprogramm! Aber ein Controlling haben wir dann nicht. Danke.

*Peter Reinhard (EVP, Kloten) spricht zum zweiten Mal:* Lieber Hinterbänkler Theo Toggweiler, ich denke mir, das ist normal, dass auch ein Hinterbänkler manchmal sprechen darf. Manchmal ist es auch zu viel des Guten, aber das kennen wir unterdessen. Wir sind uns im Klaren, dass das bei Ihnen nicht anders sein könnte. Aber die Formulierung, wie sie vorliegt, hat zum Beispiel ein absurdes Ergebnis zur Folge oder kann zur Folge haben – damit auch Sie, Theo Toggweiler, das nachvollziehen können –, dass der Regierungsrat dann Massnahmen zur Aufwandreduktion in einem Planjahr vorlegen müsste, in dem wir zum Beispiel grosse Ertragsüberschüsse und auch sinkende Aufwände prog-

nostizieren. Und das, lieber Theo Toggweiler, hat wenig mit Controlling zu tun. Das hat mit Verwaltungsaufwand zu tun, der Mehrkosten produziert, was Sie eigentlich immer nicht möchten. Daher ist es völlig witz- und sinnlos, wenn Sie sich für etwas stark machen, das eigentlich gegen Ihre Ideologie sprechen würde. Danke.

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Peter Reinhard beantragt, Paragraf 26 Absatz 2 wie folgt abzuändern; der Absatz wird nur noch heissen:

*Er leitet die Zwischenberichte dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme zu.*

Der Rest wird gestrichen.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat lehnt den Antrag von Peter Reinhard mit 84 : 83 Stimmen (mit Stichentscheid des Präsidenten) ab.**

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Paragraf 26 ist demnach bereinigt.

§27

*VI. Kosten-Leistungsrechnung*

§§ 28 und 29

*VII. Sonderfragen der Leistungserbringung*

§ 30

*VIII. Fonds*

§§ 31 bis 33

*C. Ausgaben*

§§ 34 bis 43

*D. Rechnungslegung*

*I. Zwecke und Grundsätze*

§§ 44 bis 46

*II. Jahresrechnung*

§§ 47 bis 53

*III. Konsolidierte Rechnung*

*§ 54*

*IV. Bilanzierung und Bewertung*

*§§ 55 bis 57*

*E. Zuständigkeiten*

*§§ 58 bis 60*

*F. Schlussbestimmungen*

*§§ 61 bis 64*

*II.*

Keine Bemerkung; genehmigt.

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Die Vorlage ist redaktionell durchberaten.

*Ernst Züst (SVP, Horgen):* Die SVP sagt Nein zum CRG. Der Regierungsrat und die Verwaltung wollen mit diesem Gesetz für sich möglichst grosse Kompetenzen beanspruchen und den Kantonsrat zurückbinden. Das Controlling ist noch nicht definiert, die Auswirkungen der neuen Rechnungslegung sind noch unbekannt und die Modalitäten der Ausgabenbremse fehlen im neuen Finanzhaushaltsgesetz. Nach Gutdünken kann der Regierungsrat die Ergebnisse der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) in Zukunft in den mittelfristigen Ausgleich einrechnen oder nicht.

Die SVP beharrt auf folgenden drei Punkten:

Erstens: Der Kantonsrat muss die Kompetenz haben, auf die 100 Globalbudgets auch global – das sind Prozente oder Beträge – einzuwirken. In anderen Kantonen – ich erinnere an die Kantone Aargau und Graubünden – ist dies auch legitim. Gemäss Verfassung hat der Kantonsrat, als ein dem Regierungsrat übergeordnetes Organ, die Budgethoheit inne.

Zweitens: Eine obere Verschuldungsgrenze soll im Gesetz umschrieben werden, damit auch unsere Kinder damit leben können.

Drittens: Das Aufwandwachstum des Staatshaushaltes ist unter Berücksichtigung der Teuerung und des Wirtschaftswachstums zu begrenzen, damit die Wirtschaft gedeihen kann.



Abschliessend noch eine Beurteilung zur IPSAS (*International Public Sector Accounting Standards*) für den Kanton Zürich als Versuchskaninchen. Am 15. Dezember 2005 fand an der Zürcher Hochschule Winterthur, das ist das Institut für Verwaltungsmanagement, ein Seminar zur Rechnungslegung der öffentlichen Haushalte statt. Es gab dort namhafte Referenten und Koryphäen. Die Schlussfolgerung war nicht nur für mich: Die kantonale Finanzverwaltung von Zürich ist auf Abwegen. Die internationalen IPSAS, das sind die «International Public Sector Accounting Standards» sind gut als Grundsätze für internationale Organisationen, Schuldnerländer der Weltbank und die Eidgenössische Finanzverwaltung, um etwas Ordnung ins herrschende Chaos zu bringen. Im Kern geht es dabei um den Ausweis eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Finanzen, das so genannte «true and fair view»-Prinzip. IPSAS sind jedoch noch nicht bereit für das komplexe Rechnungswesen der Kantone, sicher nicht der Gemeinden. Sie sind auch noch nicht ins Deutsch übersetzt. Demgegenüber ist das in der Schweiz seit Jahrzehnten flächendeckend angewandte Harmonisierte Rechnungslegungsmodell, das so genannte HRM, immer noch beispielhaft in der Schweiz. Sogar Professor Doktor Andreas Bergmann, der Institutsleiter unserer staatlichen Hochschule in Winterthur, wies an der Tagung vom 15. Dezember 2005 darauf hin, dass IPSAS weiter entwickelt werden müssen, wenn sie in der öffentlichen Hand breit Fuss fassen sollen. Er zeigte auf, dass es für die Kantone und Gemeinden alternative Rechnungslegungsmodelle gibt. So will denn die Finanzdirektorenkonferenz der Kantone gemäss Projektplanung Mitte Juni 2007 eine harmonisierte schweizerische Lösung präsentieren, das so genannte HRM 2. Wir sehen nicht ein, weshalb der Kanton Zürich hier ein Sonderzüglein fahren will und alles nachher wieder durcheinander bringt. Die Anwendung des heutigen IPSAS wird den Kanton Zürich mehr kosten, als sie ihm bringen wird.

Hier hat deshalb die Politik die Verwaltung zu führen und nicht die Verwaltung die Politik zu machen. Die SVP lehnt dieses CRG aus verschiedenen Gründen ab.

*Raphael Golta (SP, Zürich):* Die erste Lesung des CRG und die Diskussion zuvor boten ja allen die Möglichkeit, ausgiebig auf die unterschiedlichsten Aspekte und Facetten dieses Gesetzes einzugehen. An

dieser Stelle möchte ich deshalb nur kurz das Wichtigste aus Sicht der SP-Fraktion ansprechen.

Von Beginn weg war allen Beteiligten klar oder hätte zumindest klar sein müssen, dass das CRG gegenüber dem bestehenden Finanzhaushaltsgesetz keine Revolution darstellt. Dies war auch nie die Absicht, zumindest nicht der SP-Fraktion. Uns ging es darum, die vorhandenen Instrumente und Abläufe weiter zu verbessern, und genau dies ermöglicht das vorliegende Gesetz. Bewährtes wird gesetzlich verankert und einige sinnvolle Neuerungen kommen hinzu. Eine dieser Neuerungen ist die KEF-Erklärung, welche dem Kantonsrat grössere Möglichkeiten in der mittelfristigen Finanzplanung gibt. Im Zusammenspiel von Regierung und Parlament führt das CRG generell zu einer leichten Gewichtsverlagerung zu Gunsten des Parlamentes. Die Budgetdebatte vom Dezember 2005 hat gezeigt, dass der Erfolg der bereits eingeführten Reformen des Finanzhaushaltsrechtes unterschiedlich eingeschätzt wird. Ich spreche hier insbesondere von der Globalbudgetierung und den Leistungsindikatoren.

Nun mag es sein, dass gewisse Hoffnungen in die Reformen nicht erfüllt werden konnten. Vermutlich wurde die Latte etwas gar hoch gehängt. Entscheidend sind aber hier und heute nicht unerfüllte Hoffnungen, entscheidend ist, dass die Reformen zu Verbesserungen geführt haben. So wird etwa vermehrt über Leistungen gesprochen und nicht mehr über abstrakte, inhaltsleere Konti. Wer nun Kritik am eingeschlagenen Weg übt und auch am CRG, sollte fähig sein, Alternativen aufzuzeigen. Dies ist den Kritikern nicht gelungen.

Es bringt mich zur Rolle und Haltung der SVP in der Erarbeitung des CRG. Die SVP hat in den letzten zwei Jahren in vielen zentralen Bereichen dieses Gesetzes einen ziemlichen Zickzackkurs hingelegt. Ein Beispiel: IPSAS, zu Beginn noch gefördert als grosse transparente Rechnungslegung, welche endlich einmal den Kanton Zürich näher an die Rechnungslegung anderer entsprechender Konzerne in der Privatwirtschaft bringt, wurde plötzlich irgendwie als das teuerste Projekt, das der Kanton je gemacht hat, oder so ähnlich – in den Worten von Theo Toggweiler. Zugleich wollte am Anfang der ganzen Debatte zum CRG unbedingt den Finanzdirektor, die Institution des Finanzdirektors stärken. Entsprechend dem CFO (*Chief Finacial Officer*) der Privatwirtschaft sollte auch der Finanzdirektor im Kanton Zürich weit reichende Kompetenzen bei den Finanzen eingeräumt bekommen. Was

geschah dann? Alt-Regierungsrat Christian Huber hat sich von der Politik – zumindest zeitweilig – abgewendet, ging Schiffchen fahren (*Heiterkeit*) und plötzlich hat seine Partei, die SVP, nicht mehr dermassen Freude gehabt am Finanzdirektor. Ab diesem Zeitpunkt hiess es nur noch, dass das CRG dazu führe, dass die Kompetenzen vom Kantonsrat weggingen. Aber zuvor wollten Sie «Einer einzigen Vertretung in der Regierung alle Macht!» und plötzlich gibt es nicht mehr genügend Macht für den Kantonsrat. Wir haben zuvor einige Aspekte gehört, weshalb die SVP nun anscheinend gegen dieses Gesetz ist. Interessant ist ja, dass in den meisten dieser Punkte sich überhaupt nichts ändert gegenüber dem Finanzhaushaltsgesetz. Und letztlich haben Sie ja, wenn Sie dieses Gesetz ablehnen, nachher nur das bestehende Finanzhaushaltsgesetz.

Über IPSAS werden wir ja im Rahmen der Diskussion über die entsprechende Verordnung noch zu reden kommen, wenn dann diese Verordnung vorliegt. Dies waren auch der Antrag der Kommission und das Anliegen der Kommission, dass diese Verordnung genehmigungspflichtig ist durch den Kantonsrat. Sie haben ebenfalls diesen Aspekt unterstützt und nie weit reichendere Forderungen für dieses Gesetz gehabt, was die Rechnungslegung betrifft. Die Minderheitsanträge der SVP waren grösstenteils als Absichtserklärungen zu sehen, dass doch bitte der Kanton ein bisschen mehr sparen sollte. Wir haben es ja vorher wieder gesehen: Möglichst zu jedem Paragraphen sollte noch ein Absatz hinzugefügt werden, der auch noch sagt, dass übrigens gespart werden muss. Die Minderheitsanträge der SVP boten zu keinem Zeitpunkt eine Alternative.

Die Budgetdebatte hat ebenfalls gezeigt, dass es diesem Rat zurzeit nicht gelingt, klare Mehrheiten für die Inhalte der mittelfristigen Finanzpolitik zu gewinnen. Dass es der vorberatenden Kommission trotz dieser widrigen Umstände gelungen ist, für das CRG als Rahmen der Finanzpolitik klare Mehrheiten zu finden, halte ich für eine nicht zu unterschätzende Leistung.

Stimmen Sie gemeinsam mit der SP dem CRG in der vorliegenden Fassung zu!

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Raphael Golta, dies war ein Volltreffer in zeitlicher Hinsicht.

*Theo Toggweiler (SVP, Zürich):* Ich möchte gleich zuerst auf die Aussage von Raphael Golta eingehen. Ich muss sagen, Sie, Raphael Golta, waren ein vorbildliches Mitglied dieser Kommission, denn es war ja schliesslich eine Ja-Sager-Kommission, und Ja-Sagen ist offensichtlich immer gut. Es war eine Ja-Sager-Kommission, die dominiert wurde vom Direktor der Verwaltung, Doktor Rudolf Meier, der heute da ist – ich begrüsse ihn (*auf der Tribüne*) –, und vom früheren Finanzdirektor Christian Huber, der sich dann aber schon rechtzeitig verabschiedet hat. Das muss man vielleicht sagen.

Noch eine Entgegnung: Wir waren sehr für das IPSAS, als wir wussten, dass es ein Rechnungsmodell gibt. Wir mussten uns dann aber damit auseinandersetzen und – ich wiederhole mich da – das IPSAS wurde am Kantonsrat vorbeigeschmuggelt. Das IPSAS wurde gar der Finanzkommission verheimlicht. Und dann war es plötzlich da und wir wissen heute noch nicht, was das IPSAS kostet. Bis dann die Verordnung fertig ist, treuer Diener des Staates Raphael Golta, sind die Millionen schon längst ausgegeben. Also das Geld ist dann weg. Ist das ein richtiges Vorgehen der Finanzverwaltung? Das darf man sehr wohl kritisch betrachten. Dieses Vorgehen von Finanzdirektor Christian Huber und von Doktor Rudolf Meier könnte man unter den Titel stellen: «Das IPSAS – denn sie wissen nicht, was sie tun». Es geht doch nicht, dass in einem Kanton zwei Exponenten das bestimmen! Und wir, Kommission und Rat, dürfen dann einfach Ja sagen dazu.

Aus aktuellem Anlass – ich rede nicht von den Ständeratswahlen –, aus aktuellem Anlass möchte ich aber doch ein Beispiel aus der Praxis einflechten. Sie haben ja letzte Woche die Zeitung gelesen. Nehmen Sie den Fall «Panalpina». Was heisst das? Ein Unternehmen in der Wirtschaft hat – was der Kanton nicht muss – ein Rechnungslegungsmodell, weil man an die Börse geht. Und was hat nun diese Panalpina gemacht? Sie hat einen Mitarbeiter gehabt, der eben genau das gemacht hat, was man mit einem IPSAS auch kann: höher bewertet. 33 Millionen Franken Verluste hat er in die Höherbewertung hineingetan, und interessant ist, dass gerade die Kontroll- und Revisionsstelle bei der Panalpina, der Beauftragte, der das nicht gemerkt hat, vom Kanton beauftragt ist, die Hälfte dieses Auftrags von einer Million zu bearbeiten. Also das ist ja wirklich grotesk. Was wir jetzt machen werden, wenn wir das IPSAS haben – es wird ein wunderbarer Zeitvertreib –, es wird alles höher bewertet. Man jubelt «Wir haben viel Eigenkapital, wir können uns viel leichter verschulden!» Und ich sage Ihnen heute schon, in drei, vier

Jahren bringt unser heutiger Finanzdirektor Hans Hollenstein eine Vorlage, wo es heisst «Wir müssen jetzt eine Neubewertung machen, wir müssen 20 Millionen Franken abschreiben», dann nützt Ihnen diese Transparenz viel! Also ist es ein Nullsummenspiel und das belastet die Verwaltung. Die Regierung hat nicht realisiert, dass mit diesem IPSAS neu Gemeinkosten beansprucht werden. Die Leute werden versteckt, mehr Gemeinkosten und versteckte Kosten, und dann sind wir schon in einer komischen Lage, dass der Regierungsrat auf der einen Seite die Löhne der Putzfrauen reduziert, dort wird gespart, und da, wo Millionen einfach so schnell eingeführt werden für Zahlen, die erarbeitet werden und die wir gar nicht unbedingt brauchen, weil sie uns nicht näher zur ausgeglichenen Rechnung führen. Dort spielen dann diese Millionen keine Rolle. Wenn das Aufgabe unseres Staates ist, dass wir uns nicht mit den Gemeinkosten befassen, dann haben wir eine düstere Zukunft, und das übernächste Sanierungsprogramm steht dann schon wieder an.

Ich danke Ihnen für das Verständnis, dass wir dieses Gesetz in diesem Zeitpunkt so nicht unterstützen können.

*Ernst Züst (SVP, Horgen) spricht zum zweiten Mal:* Einfach noch zu Raphael Golta, zu diesen drei Punkten. Das wegen dem CFO, dem Chief Financial Officer: Dass unser Finanzdirektor Christian Huber den Bettel hingeworfen hat, hat vielleicht genau den Grund, dass er nicht CFO sein konnte in diesem Kanton. Ich meine, letzten Endes müssen ja Aufgaben und Verantwortung deckungsgleich sein. Letztlich sollte auch die Position des CFO, des Chefs der Finanzen, unabhängig, ob das jetzt ein Christian Huber oder ein Hans Hollenstein oder wer auch immer es eines Tages sein will oder sein soll, sollten diese Kompetenzen sauber geregelt sein. Ich stelle die Frage in diesen Raum: Wer ist verantwortlich, dass die Beamtenversicherungskasse x Milliarden Franken verloren hat? Wer ist verantwortlich? Ist es Alt-Finanzdirektor Christian Huber? Ist es der gesamte Regierungsrat? Ist es irgendwo eine Kommission? Ich meine, das sind doch die Schwachstellen, die wir haben in diesem Kanton Zürich. Wer führt letzten Endes die Risikokontrolle? Wer ist zuständig für das Risikomanagement? Wer kann Direktiven machen? Kein Konzern kann arbeiten ohne einen CFO. Das sollte auch der Kanton Zürich einsehen, dass in diesem Bereich gewisse Schwerpunkte zu setzen sind.

Dann zum zweiten Punkt, die Verordnung: Raphael Golta, Sie tun so, als ob wir damit noch sagen könnten, was uns an der Verordnung nicht passt. Sie können an der Verordnung kein Jota ändern, Sie können nur noch Ja oder Nein sagen. Ich meine, Sie lesen es vielleicht wie eine Zeitung und sagen «es interessiert mich nicht» –, das ist auch eine Haltung des Milizionärs. Inhaltlich können Sie nichts mehr sagen, das ist ja genau der grosse Mangel dieser Gesetzesvorlage. Das Organisationsgesetz, das CRG und die Verordnung, die kommen alle so gestaffelt daher. Sie wissen ja gar nicht, was Sie letztendlich haben. Sie kaufen auf diese Art und Weise die Katze im Sack und die Sorgen werden Sie dann später noch haben damit.

Nun zu IPSAS. Es geht um das «true and fair view»-Prinzip. Dagegen waren wir sicher nicht. Vor allem, weil die Finanzverwaltung uns in der Vergangenheit immer falsche Zahlen unterbreitet hat, haben wir einmal gesagt: «Ja, schaut einmal, die Verpflichtungen für Pensionskassen, diese Unterdeckung von x Milliarden, die müsst ihr finanzieren!» X Hinweise brauchte es, bis wir sie dazu bewogen haben, diese Unterdeckung einmal zu bilanzieren, wenigstens im Anhang offen zu legen. Ich meine, das waren die Grundsatzprinzipien!

Ich komme jetzt noch zu der Fachhochschule in Winterthur, unserem Institut in Winterthur, das letzten Endes von Steuergeldern lebt. Der Institutsleiter, Professor Andreas Bergmann, nimmt jetzt neu im IPSAS-Board Einsitz und kann uns aus erster Hand informieren. Auf Grund dieses Seminars konnten Teilnehmer die Schlussfolgerung ziehen – es hatte ja dort Vertreter von mehr oder weniger allen Parteien und das sind ja diese Punkte, die wir in Erfahrung gebracht haben –, dass IPSAS im Moment für den Kanton Zürich, so wie es steht, einfach noch nicht reif ist. Die Finanzdirektorenkonferenz hat jetzt ein eigenes Programm aufgelegt, das eine harmonisierte Lösung bringen wird. Wir sehen einfach nicht ein, weshalb der Kanton Zürich hier das Versuchskaninchen spielen soll. Das ist die Quintessenz! Sie müssen auch gescheitert werden können, Raphael Golta! (*Heiterkeit.*)

*Regula Götsch Neukom (SP, Kloten), Präsidentin der Spezialkommission CRG:* Ich habe mich lange zurückgehalten, aber ich tue Ihnen den Gefallen jetzt doch noch, mich aufzuregen. Sonst sagen Sie, Claudio Zanetti, nachher wieder, ich sei schnoddrig gewesen, wenn ich dann mal ruhig bleibe.

Ernst Züst, das ist einfach nicht wahr und ich glaube, Andreas Bergmann von Winterthur würde in Ohnmacht fallen, wenn er wüsste, was sie ihm als Schlussfolgerung dieser Tagung unterstellen, dass die Finanzverwaltung im Kanton Zürich auf Abwegen sei. Das ist einfach nicht wahr! Das haben Sie so gehört, ich habe etwas anderes gehört. HRM 2 ist nicht einfach nicht IPSAS, bloss weil es andere Buchstaben hat. Es wird auf allen Ebenen zusammengearbeitet und es wird auf allen Ebenen in Richtung IPSAS oder auf der Grundlage von IPSAS gearbeitet. Und dann muss ich zu dem, über das Sie sich jetzt so furchtbar aufregen, noch sagen, dass Sie in der Kommission dazu keine Anträge gestellt haben. Es hat von Ihnen keine Anträge gegeben, wie denn dieses Gesetz besser werden sollte im Sinne von dem, was Sie jetzt kritisiert haben. Die Kommission war keine Ja-Sager-Kommission, nur weil sie SVP-Anträge abgelehnt hat; da hat sie ganz oft Nein gesagt. Wir haben diskutiert und wir haben sehr, sehr gründlich diskutiert. Ich will wirklich nicht, dass der Eindruck zurückbleibt, diese Kommission sei eine Ja-Sager-Kommission, wie das Theo Toggweiler gesagt hat.

*Rolf Walther (FDP, Zürich):* Es gab einmal in der Finanzdirektion einen Raphael Huber. Raphael Huber war ja schlussendlich derjenige, der auch dafür gesorgt hat, dass verschiedene Gelder zweckentfremdet oder nicht so eingesetzt wurden, wie es eigentlich vorgesehen war, und das ohne IPSAS und ohne HRM, sondern mit dem Rechnungsmodell, das wir heute haben. Es hängt also nicht am Rechnungsmodell, ob man irgendwelche betrügerischen Absichten hat, sondern es liegt daran, was für Leute beschäftigt sind.

Finanzdirektor Christian Huber von der SVP hat uns anschliessend ein Gesetz vorgelegt, das zum Behandeln sehr gut geeignet war. Es war dann aber in der Kommission nicht so, dass wir einfach Ja und Amen gesagt hätten. Wir haben eine ganze Reihe von Verbesserungen in dieses Gesetz hineingebracht; Raphael Golta hat die KEF-Erklärung erwähnt, wo auch die SVP zugestimmt hat. Ich glaube, es ist da ein wesentlicher Fortschritt erreicht worden. Wir haben aber in der Kommission auch sehr viel gehört über die Gemeinkostenanalyse und Theo Toggweiler und Ernst Züst haben uns während Stunden orientiert, was das alles bedeutet. Ja, wir haben die Anträge, die die SVP gestellt hat, zum Teil dreimal behandelt, weil wir nicht gefragt haben, was das kostet, was die Gemeinkosten sind, die damit zusammenhängen, sondern wir

haben ja über ein Gesetz gesprochen, das Controlling beinhaltet. Und Controlling beinhaltet ja eigentlich eben die Steuerung mit dem Ziel der Verbesserung einer Situation. Und wenn ich diese noch ganz prononciert darstelle, dann heisst das ja eigentlich auch, dass jede Partei sich eigentlich auch überlegen müsste: Welchen Erfolg erreichen wir, wenn wir dreimal dasselbe verlangen und jedes Mal untergehen und nachher im Rat auch nochmals einen Tag lang eine Kommissionssitzung durchziehen, ohne dass wir einen Erfolg haben? Da ist wahrscheinlich das Wort «Controlling» auch falsch verstanden worden, denn wir müssen ja mit dem guten Beispiel vorangehen.

IPSAS ist ein Modell, das uns in den nächsten Jahren begleiten wird, auf das wir noch zu sprechen kommen werden, das wir ja in der Kommission nochmals beurteilen werden. Da werden wir auch Gelegenheit haben, uns nachher in Englisch oder in Deutsch zu unterhalten, ob es wirklich das richtige ist für unseren Kanton und wie weit wir uns an IPSAS dann eben auch anlehnen werden. Es ist aber das Modell, das schlussendlich für die Zukunft dieses Kantons von Bedeutung ist. Mit dem Globalbudget haben wir das bereits eingeführt.

Die FDP – und damit komme ich eigentlich zum Schluss und das ist das Allerwesentlichste – stimmt dem CRG gemäss der Vorlage der Redaktionskommission zu.

*Raphael Golta (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Theo Toggweiler hat mich vorher als treuen Diener des Staates bezeichnet. Ich danke vielmals dafür und gebe jetzt zu Protokoll, dass für allfällige Rücktritte, Lobreden oder Ähnliches bitte wieder dieser Ausdruck des treuen Dieners des Staates verwendet wird in meinem Zusammenhang; er gefällt mir sehr gut! Im Gegensatz zu Ihnen, Theo Toggweiler, leiden wir nicht unter einer extremen Fixiertheit auf die Handlungen der Verwaltung. Bei Ihnen kommt es mir zum Teil so vor, als müsste man, wenn die Verwaltung etwas sagt, dann gleich einmal einen Gegenreflex haben, es einfach zuerst einmal schlecht finden und im Zweifelsfall einfach einmal Nein sagen. Das ist natürlich durchaus eine Möglichkeit, aber werfen Sie uns nicht vor, wir seien dann wahnsinnige Ja-Sager gegenüber der Verwaltung, nur weil Sie das prinzipielle Gegenteil sind.

Es kam vorher der Vorwurf auf, IPSAS sei am Parlament beziehungsweise an der Finanzkommission vorbeigeschmuggelt worden. Es ist natürlich relativ schwierig, der SVP entgegenzukommen in dieser Fra-



ge, weil einerseits bereits alle Verordnungen und alle Grundsätze vorliegen sollten, also die Verwaltung hätte bereits alle Arbeit in der CRG-Kommission einbringen und erklären sollen. Zugleich soll diese vorberatende Arbeit der Verwaltung nichts kosten, denn sobald sie etwas kostet, würde ja der Kantonsrat umgangen. Hier sollten Sie sich vielleicht entscheiden, auf welche Position Sie sich diesbezüglich stellen. Ernst Züst hat gesagt, dass es ein Problem sei, dass man bei der Verordnung nur noch Ja oder Nein sagen kann. Das sollte Ihnen ja im Zusammenhang mit diesem Gesetz nicht so ungelegen kommen.

Ebenfalls ein Problem, das nochmals angesprochen wurde von Ernst Züst, ist die Geschichte mit dem CFO. Ich weiss nicht ganz, aus welchen Ambitionen heraus Sie jetzt argumentieren. Das ist ja im Moment ein bisschen wirr bezüglich des Positionsgeschachers bei der SVP. Jedenfalls sollten Sie sich auch entscheiden, ob jetzt «Alle Macht dem CFO!» oder «Alle Macht dem KR!». Irgendwo dazwischen steht wahrscheinlich das, was das CRG geleistet hat, und das ist auch vernünftig. Danke.

*Theo Toggweiler (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Gestatten Sie mir, auf die sachliche Ebene zurückzukommen und einen Hinweis zu geben. Wenn wir ein neues Gesetz machen, dann sollten wir eigentlich wissen, was es kostet. Und es kommt dann nicht drauf an, dass man an einer Sitzung oder an einem Minderheitsantrag mehr oder weniger spart. Man kann immer alles ins Lächerliche ziehen, wenn man es will. Was kostet uns das Gesetz? Da möchte ich der Präsidentin Regula Götsch sagen: Wir haben die Frage aufgeworfen «Was kostet denn IPSAS?» und dann sagte im Herbst 2004 der Leiter der Finanzverwaltung (*Rudolf Meier*): «Ja, das ist so ein Projekt, das kostet ungefähr eine Million.» Das ist nicht die Wahrheit! Das ist nicht die Wahrheit! Es wurde nachher über ein anderes Konto die Informatik beschafft, es wurde bei ZERZE die Informatik beschafft. Die Leute arbeiten schon am IPSAS und das kostet einiges mehr als eine Million Franken. Und dann wundere ich mich, dass ich noch kritisiert werde, wenn ich daran festhalte, dass der Kantonsrat doch wissen muss, was das kostet, wenn man ein solches Rechnungsmodell wie IPSAS einbaut und durchführt. Die Frage wurde nicht beantwortet und ich möchte Regula Götsch bitten, das zur Kenntnis zu nehmen. Darüber haben wir diskutiert. Wir haben die Frage gestellt. Wir haben keine ehrliche Antwort darauf be-

kommen. Was aber zum Schluss passieren kann, ich komme nochmals auf die Panalpina mit der «abverheiten» Rechnungslegung zurück: Der verantwortliche Unternehmensleiter musste den Hut nehmen. Ich hoffe, dass das nicht passiert. Der Herr Huber (*Alt-Regierungsrat Christian Huber*) hat sich immerhin schon verabschiedet. Danke.

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Das Wort aus dem Rat wird nicht mehr gewünscht. Ernst Züst hat bereits zweimal gesprochen. Persönliche Erklärungen lasse ich erst nach der Schlussabstimmung zu.

*Regierungsrat Hans Hollenstein:* Zu Theo Toggweiler: Sie haben sich in despektierlicher Art gegen Alt-Finanzdirektor Christian Huber und gegen den Leiter der Finanzverwaltung, Rudolf Meier, gewandt. Sie haben – Zitat – geäußert «denn sie wissen nicht, was sie tun». Theo Toggweiler, ich verwahre mich gegen diese Äusserungen! Wir hatten auch keine Ja-Sager-Kommission, wir hatten eine qualifizierte Spezialkommission dieses Rates. Diese Kommission hat wachsam und lange und seriös gearbeitet. Ich danke nochmals auch an dieser Stelle.

Nun zu den Mitgliedern des Rates. Das Bessere ist der Feind des Guten! Das gilt gerade für alle Beteiligten auch an diesem Gesetz. Ich bitte Sie in diesem Sinn, dem Antrag von Ernst Züst nicht zu folgen und vielmehr dem Gesetz nun endgültig zuzustimmen. Wir dürfen nicht nach hinten schauen. Dieser Kanton muss auch in finanzieller Hinsicht nach vorne schreiten.

*Schlussabstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 54 Stimmen, der Vorlage 4148b gemäss Antrag der Redaktionskommission zuzustimmen.**

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum. Der Minderheitenstandpunkt wird, sofern das Referendum ergriffen wird, von der Geschäftsleitung verfasst.

*Teil B. Aufhebung von Beschlüssen des Kantonsrates  
I., II., III. und IV.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Teil C. Beschluss des Kantonsrates über die Abschreibung parlamentarischer Vorstösse*

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Bei der Zustimmung zur Vorlage werden Motionen, welche nach dem 31. Mai 1999 überwiesen worden sind, automatisch abgeschrieben.

Somit ist die Motion [289/2002](#) bereits erledigt.

Die vorberatende Kommission schlägt Ihnen die Abschreibung der Motion [322/1996](#) vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Die Motion ist abgeschrieben.

Ebenfalls schlägt die Kommission Abschreibung von zwei Postulaten vor. Da kein anderer Antrag gestellt wurde, ist das Verfahren beendet und auch die Postulate [382/2000](#) und [151/2002](#) sind damit abgeschrieben.

*Teil D. Beschluss des Kantonsrates über die Einzelinitiative KR-Nr. [14/2003](#) betreffend Beschlussfassung über den jährlichen Voranschlag*

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Das Wort dazu wird nicht gewünscht. Es wurde kein Antrag auf definitive Unterstützung gestellt.

Somit haben Sie die Einzelinitiative [14/2003](#) nicht definitiv unterstützt.

Das Geschäft ist erledigt.

***Erklärung von Ernst Züst, Horgen, zum CRG***

*Ernst Züst (SVP, Horgen):* Da es nicht möglich ist, während der Debatte zu einem Punkt dreimal Stellung zu nehmen, muss ich es halt in Form einer persönlichen Erklärung tun.

Vor allem zu Regula Götsch: Regula Götsch, entweder haben Sie nicht aufgepasst am 15. Dezember 2005 in Winterthur oder dann verbreiten Sie hier Unwahrheiten. Als Kommissionspräsidentin dieser vorberatenden Kommission hätten Sie sich objektiver verhalten müssen. Sie führen diesen Rat total in die Irre mit Ihren Aussagen! Ich erinnere an die

Folien von Professor Doktor Andreas Bergmann. Ich meine, das sind Dokumente. Ich gehe nicht auf alles ein, aber er würdigt da unter dem «Ausblick» die alternativen Anwendungsmodelle. Er sagte ganz eindeutig – das ist die Folie 10 – am Schluss zur notwendigen Weiterentwicklung von IPSAS: «IPSAS ist unvollständig und auch noch nicht perfekt.» Im Arbeitsprogramm des IPSAS-Board müssen sie die Lücken füllen. Sie wissen ja nicht einmal, wie sie die Steuern verbuchen sollen. Und Praxisfeedback sei erwünscht. Und genau dieses Praxisfeedback – da muss ja der Dialog beginnen –, dieses Praxisfeedback wird jetzt von den kantonalen Finanzdirektoren aufgenommen. Ich kann Ihnen sagen, Regierungsrat Hans Hollenstein, mit diesem Projekt sollte man letzten Endes innerhalb der Schweiz einen vernünftigeren Dialog führen. Und wenn das in der Vergangenheit nicht geschehen ist, so tut das mir einfach Leid.

***Erklärung von Peter Reinhard, Kloten, zur persönlichen Erklärung von Ernst Züst betreffend CRG***

*Peter Reinhard (EVP, Kloten):* Ich muss Ihnen sagen, Ernst Züst, was Sie hier bieten, finde ich unter jeder Kritik; ich möchte das nicht mit dem anderen Wort ausführen. Sie können nicht unserer Kommissionspräsidentin Regula Götsch hier vor allen sagen, dass sie diesen Rat in die Irre führt, dass sie die Sache nicht seriös gemacht habe. Wenn Sie nur noch über IPSAS sprechen können, wenn Sie die Materie und das Ganze nicht mehr sehen, ist das Ihr Problem. Aber wenn Sie hier ohne Stil so unter die Gürtellinie hauen, dann, muss ich Ihnen sagen, disqualifiziert das Sie, disqualifiziert das auch diejenigen, die Sie unterstützen. Sie wären besser ruhig und würden nichts mehr sagen als solchen Stuss. Danke.

## Verschiedenes

### *Einladung zum Neujahrsapéro*

*Ratspräsident Hans Peter Frei:* Es ist eine gute alte Tradition, dass am Ende der ersten Sitzung eines neuen Jahres zum Apéro in den Festsaal geladen wird. Wir stossen an auf ein neues und hoffentlich für alle Anwesenden erfolgreiches Jahr. Ich wünsche in diesem Sinne eine schöne Woche.

### *Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse*

– **Sans Papiers im Kanton Zürich**

Interpellation *Rolf André Siegenthaler-Benz (SVP, Zürich)*

– **Sprachschulen: Auswahlverfahren im AWA**

Anfrage *Elisabeth Derisiotis-Scherrer (SP, Zollikon)*

– **Arbeitsweise einer Sterbehilfeorganisation**

Anfrage *Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil)*

– **Kostensenkung im EJPD**

Anfrage *Claudion Zanetti (SVP, Zollikon)*

– **Schliessung von Bahnhöfen**

Anfrage *Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)*

– **Auskunft über Rechtshilfeverfahren der Staatsanwaltschaft Augsburg**

Anfrage *Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)*

Schluss der Sitzung: 11.35 Uhr

Zürich, den 9. Januar 2006

Die Protokollführerin:  
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 9. Februar 2006.